

Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 209.

Mittwoch, den 7. September 1921.

28. Jahrgang.

Die Unschuldigen.

Dr. L. Lübed, 7. September.

Hast du schon Mistkäfer bei ihrer vornehmen Arbeit beobachtet? Hast du schon gesehen, wie sie in ihrem edlen Stoff herumkrabbeln, ihn hierhin und dorthin verzeteln und ablegen? Und hast du auch gesehen, wie sie sich plötzlich humpen und tot stellen, wenn du ihr sauberes Handwerk genauer betrachten willst? Ganz erstaunt legen sie sich platt auf den Bauch, rühren weder Bein noch Ohr; sie duden sich als ob sie mit dem ganzen Mist, der da herumliegt, nicht das mindeste zu tun hätten, als ob sie überhaupt nicht wüßten, was du von ihnen wissen willst.

Bei diesen sympathischen Tierchen sind unsere Nationalisten und Kaiserstreuen in eine gute Schule gegangen. Keine einzige Einrichtung der Republik gibt es, die sie nicht beschmutzt, in ganz Deutschland gibt es kein einziges Blättchen, wo sie nicht einen Haufen ihres Schimpf- und Schandworts zusammengetragen haben. Und jetzt, nachdem ihr dunkles Treiben durch seine Folgen zum Himmel schreit, wo man ihnen etwas auf die Finger sieht und klopf und ihr emsiges Treiben aus der Nähe betrachten will, da legen sie sich genau wie ihre Vorbilder, platt hin, und mit unschuldigem, erkauntem Augen fragen sie, wie frischgewaschene Kinder, was man eigentlich von ihnen wolle. Ob sie denn irgend etwas getan hätten?

Und was auch an sie sonst herantreten mag, sie behandeln es mit dem gleichen harmlosen und bewährten Rezept. Man nehme z. B. die bekannte Notverordnung des Reichspräsidenten. Jedem, der guten Willens war und sein wollte, mußte ohne weiteres die Selbstverständlichkeit einleuchten, daß sie zum Schutze der Republik erlassen wurde gegen deren Feinde. Wer aus eigenem Triebe oder notgedrungen tagtäglich sogenannte nationale Zeitungen liest, der konnte mit Händen greifen, wen und was der Reichspräsident treffen wollte. Nur jene, merkwürdigerweise, die es angeht, die verstehen die Verordnung nicht; d. h. sie stellen sich dumm und wollen sie nicht verstehen. Sie stecken den Kopf in den Sand ihres heuchlerischen und schlechten Gewissens, und behaupten mit melancholischer Stimme, auf sie könne die Verordnung keinesfalls angewandt werden, da sie mehr als unschuldig, beinahe kindlich unschuldig seien. Und wenn man sieht, wie sie, genau wie die genannten niedlichen Käfer, den Kopf harmlos zur Seite legen und sich völlig humpen und kraupig stellen, so möchte man Berge hauen auf ihr reines Gemüt, wenn man sie nicht so genau kennt, wenn ihnen nicht zu jedem Hosenbein ein Pferdefuß herauschaute.

Aber janiel Nutzen bringt ihnen das biedermännische Gesicht, sowie läßt es über die wahre Sachlage, daß es das erfolgreichste nationalpolitische Hilfsmittel geworden ist. Nehmen wir nochmal die genannte Notverordnung. Nicht nur die Schuldigen drehen sie so ins Harmlose, nein, zünftige Juristen, denen allerdings nur ein Witzbold republikanische Gesinnung anhängen könnte, stimmen ihnen hierin bei. Auch nach ihrer Ansicht wendet sich die Reichsregierung absolut nicht gegen die Feinde der Republik, sondern sie gibt gewissermaßen nur einen unterhaltbaren Erlaß, der keinen anderen Zweck hat, als die Paragrafenmaschine spinwebhängiger Juristenjenseelen in Bewegung zu setzen.

Gewiß doch, wer das nicht glauben kann, der möge die Tatsachen berücksichtigen, das ausschlaggebende juristische Sachverständige in unserer Staatswesen die Meinung zeugen (ob sie es heute noch tun, wissen wir nicht), daß man auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten wohl den „Volksboten“ verbieten könnte (weil er nämlich die Republik etwas schärfer verteidigte), niemals aber eine antirepublikanische Flaggendemonstration unterbinden könne (da der Erlaß mit dem Schutze der Republik ja nichts zu tun habe).

Man ist ja von deutschen Juristen allerlei gewöhnt. In diesem Falle möchten wir aber auf das Beachtenswerte hinweisen, daß sie nicht etwa zu denen gehören, die im entscheidenden Moment sich hinlegen und sich dummstellen; nein, sie glauben tatsächlich, daß ihr Weg der richtige sei. Ein alter Fuhrmannsgaul trottet von alleine vor jedes Weibchen, und wenn er reden könnte, so würde er die feste Ueberzeugung verkünden, daß er nichts anderes tue als seine „objektive“ Pflicht. Daß er nur Wortschwallöcher für seinen vornehmlichen Herrn, das kann sein ältlicher Pferdeverstand nicht einmal ahnen. Wann wird auch in ihm ein frischer Windstoß ein Lichtlein aufglimmen lassen?

Zu den „Unschuldigen“ zählen nicht nur einzelne, oder Parteien, sondern auch ganze Regierungen. Bayern z. B. feiert seit dem Rapp-Ruß die Orgie des Ausnahmezustandes. Nur um jederzeit die Arbeiter nach Belieben tanzen lassen zu können, und um den in München horstenden Offiziersvereinigungen einen Gefallen zu tun. Unter dem Druck der Entrüstung der gesamten arbeitenden Bevölkerung Deutschlands hat sich die Reichsregierung endlich entschlossen, nach dem Rechten zu sehen. Und was tut die heldenhafte Regierung Böhner-Rahr? Sie legt sich platt zu Boden und stellt sich dumm, meinet, alles sei in bester Ordnung; irgend, welcher unterschleißlichen Behandlung der Arbeiter könne keine Rede sein; in München wohne die größte Frei-

heit. Vom Reichstanzler auf Tatsächlichkeiten festgenagelt, legt der bayrische Gesandte den Kopf lächelnd zur Seite und redet von Mißgriffen untergeordneter Organe. Und mit dem „Miesbacher Anzeiger“ habe man nicht das mindeste gemein gehabt.

Gott sei dank stolperte Wirth nicht über die engelshafte Miene des Bayern, sondern er forderte ziemlich deutlich, daß Bayern spätestens Mittwoch (also heute) sich entscheide, ob es auch fürberhin nach den Pfeifen Ludendorffs und Tylanders und nach dem Winde von Miesbach zu tanzen gedenke, oder ob es doch noch ein wenig die Reichsregierung anerkennen wolle.

So schwer die Entscheidung der Münchener Gewaltigen auch werden mag, sie werden sich beugen müssen, wenn das Reich fest bleibt; denn sonst steht die bayrische Einheit auf dem Spiel. Die Nordbayern wollen mit den Unschuldslämmern am Harstrand nichts mehr zu tun haben, sich nicht länger in der Welt lächerlich machen lassen durch die Münchener Maßregel- und Orgelschelden. Nürnberg wird sich der Diktatur von Miesbach nicht mehr länger unterwerfen.

In den letzten Tagen hat das „berühmte“ Blatt dieses Ortes nicht nur seinen Namen (infolge des Verbots), sondern auch seinen Besitzer gewechselt. Bei dieser Gelegenheit erfährt man allerlei. Daß das Blatt seinem Herausgeber in kurzer Zeit ein gewaltiges Vermögen erschöpft hat, daß dieser offen zugestehet, nur deswegen gegen die Regierung geschrieben zu haben, weil die Monarchisten ihm die größte Auflage garantierten, das sind verhältnismäßig noch harmlose Sachen. Bei nationalpolitischen und kapitalistischen Geistesheiden ist man ja genugsam daran gewöhnt, daß das Bankkonto im Mittelpunkt ihrer Gefühle steht. Viel schwerer wiegt, daß der gute Wiesbacher deutschnationaler Hezer, Klaus Eck mit Namen, den Krieg in der Schweiz als Deserteur ausgekostet hat, wahrscheinlich um sein teures Leben dem Kampfe gegen die Republik zu erhalten. Als die Revolution Leute seiner Art amnestierte, kam er zurück und stellte sich in den Dienst derer, die ihm mehr und mehr geistesverwandt geworden waren, nämlich der Wilhelm, Ludendorff usw., die sich ja inzwischen auch im Ausstreifen geübt hatten.

So wird der Perlenkranz derer, die die schwarz-weiß-rote Fahne voll klingender Begeisterung schwingen, immer erhebender. Der eine der Hauptkrufer im Streite war während des Krieges mit ganzem Herzen Anwärter auf den Posten eines Sanitätshundpflegers; der andere aber hatte in der sonnigen Schweiz sein Leben in Sicherheit gebracht. Nach und nach werden noch viele solcher Einzelheiten bekannt werden, und dann wird der nationalpolitische Klüngel in einem schallenden Gelächter untergehen.

Da ist z. B. am Sonnabend auf der Wiking-Reederei eine schwarz-weiß-rote Fahne eingeholt worden. Nach kurzer Verhandlung hatte sich der Vertreter der Firma, ein militärisch aussehender Herr, voller Angst bereit erklärt, die Flagge verschwinden zu lassen. Am Bierisch jedoch will man sich mit seinem Heldenmut brüsten, man redet von Zwang, Hausfriedensbruch, statt von einem ängstlichen Rückzug, und man setzt Belohnungen aus für die Namhaftmachung der Täter, die in Wirklichkeit jeder kennt, der sie kennen will. Ist da nicht schon wieder Gelegenheit zu einem Gelächter. Am Tage stellt man sich unschuldig, harmlos, am Abend, im hakenkreuzgeschwängerten Freundeskreise, schwingt man beide Fäuste, die man am Tage so schön in der Tasche versteckt hielt.

Rehm t i e n i c h t m e h r e r n t !

Der Konflikt mit Bayern.

Berlin, 6. September.

Die Taktik der bayrischen Presse, die sich in den letzten Tagen in Drohungen gegen das Reich offenbarte und die bestimmt war, in Bayern einen gewissen Eindruck zu erwecken, erweist sich immer mehr als Bluff, der durch Informationen des bayerischen Ministerpräsidenten Rahr hervorgerufen werden mußte. Im Laufe des Dienstags haben die Koalitionsparteien über die Haltung gegenüber den Anordnungen des Reiches Beratungen abgehalten, und es ist heute festzustellen, daß die Regierungsparteien nicht beabsichtigen, mit der Regierung durch die und dünn zu gehen, sondern daß sie mehr Vernunft zeigen und sich unabhängiger fühlen als Herr Rahr, der in Wirklichkeit nur noch der Beauftragter preukischer Militärischer in München ist. Die Mehrheit der Koalition hat keine Neigung gezeigt, den Bruch mit dem Reich zur Wirklichkeit werden zu lassen. Tatsächlich hat der bayerische Ministerpräsident darauf bestanden, daß der Ausnahmezustand notwendig ist und nicht aufgehoben werden könnte. Mit allen Finessen hat dieser erste Beamte des Ordnungstaates versucht, die bayrische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß es bei der Regelung der fraglichen Angelegenheiten um die Selbstständigkeit Bayerns geht, das von der Reichsregierung als ein Berliner Bezirk hingestellt werden sollte. Soweit wir informiert sind, werden die Koalitionsparteien in der bayrischen Regierung ein Programm ausarbeiten, das die Regierung während der Auseinandersetzungen mit der Reichsregierung

festlegt. Dieses Programm wird aller Wahrscheinlichkeit nach am Mittwoch Gegenstand neuer Beratungen werden. Nach Mitteln, die der Vorsitzende des ständigen Ausschusses im bayerischen Landtage am Dienstag nachmittag machte, wird der Staatssekretär Schwei er am Dienstag abend von München nach Berlin abreisen, um im Auftrage der bayrischen Regierung die Verhandlungen zu führen.

Wir sind bisher nicht unterrichtet, wie weit die Zugeständnisse Bayerns an das Reich gehen werden. Trotzdem aber müssen wir die Erwartung aussprechen, daß die Reichsregierung in ihrer bisherigen Auffassung beharrt und dem Ausnahmezustand in Bayern bald ein Ende macht. Nachdem in Mitteldeutschland und Ostpreußen die außerordentlichen Zustände aufgehoben wurden, bestehen nicht mehr die geringsten Gründe, die für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern sprechen. Des öfteren hat der Reichstanzler in den letzten Tagen Gelegenheit genommen, festzustellen, daß in Bayern mit zweierlei Maß gemessen wird. Wir glauben hinzufügen zu können, daß dieses Maß nur unter dem Ausnahmezustand möglich werden konnte. Wie einseitig die Rechtsauffassung der bayrischen Regierung ist, beweist die Tatsache, daß die „München-Mugsburger Abendzeitung“, die vom Reiche verboten wurde, weiter erscheint, wogegen das unabhängige Organ, die „Korrespondenz“, nach wie vor verboten ist, weil sie es unternommen hätte, die einseitige Rechtsauffassung der bayrischen Regierung zu brandmarken. Dem Höhepunkt seiner eigenartigen Rechtsauffassung hat das Kabinett Rahr durch das Weitererscheinen des „Miesbacher Anzeigers“ unter anderem Namen erreicht. Alle diese Tatsachen sind Beweise, die für die Aufhebung des Ausnahmezustandes sprechen. Die Arbeiterpartei und aller ernst zu nehmenden Republikaner erwarten von der Reichsregierung, daß sie dem Ausnahmezustand in Bayern schnellstens ein Ende macht und auch hier mit „hartem Hand“ durchgreift, falls von Rahr der Konflikt um des Konfliktes willen gemildert wird. Durch die gewaltigen Kundgebungen der letzten Tage hat das werktätige Volk bewiesen, daß es bereit ist, auch unter großen Opfern, die Reichsregierung zu unterstützen. Das Kabinett Rahr mag diese Haltung anerkennen und handeln.

Wie München den Konflikt verschärft.

Durch Wolffs Telegraphenbureau läßt die Reichsregierung folgendes erklären:

Die bayrische Regierung übergab die Telegramme, die der Reichsminister des Innern in der Angelegenheit des Verbotes der „München-Mugsburger Abendzeitung“ und der Unruhen in Koburg an die Münchener Regierung sandte, den bayrischen Zeitungen zur Veröffentlichung, deren Kommentare dahin lauten, daß die Telegramme einen Eingriff in die bayrischen Rechte und eine Beistützung Bayerns bedeuteten. Solche Auffassung ist durchaus unhaltbar und in keiner Weise beabsichtigt. Der Reichsminister des Innern vermied es im Gegenteil, sich unmittelbar an untergeordnete Organe des bayrischen Staates zu wenden oder direkt auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten das Verbot der Zeitung auszusprechen, um der bayrischen Zentralregierung Gelegenheit zu geben, von sich aus das Erforderliche zu tun. Die bayrische Regierung hätte also, wenn sie eine abweichende Meinung hat, diese in den Verhandlungen geltend machen können. Die Zuspitzung der Lage, von der die bayrischen Zeitungen reden, wäre danach lediglich auf die Veröffentlichungen der Telegramme zurückzuführen.

Auseinandersetzungen im Ausschuss des bayrischen Landtages.

München, 7. September.

Im ständigen Ausschuss des bayrischen Landtages kam es gestern abend zu nochmaligen Auseinandersetzungen über die politische Lage. Die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen forderten, daß schon morgen eine neue Sitzung des ständigen Ausschusses stattfindet und erklärt, daß es ein Hohn und ein Spott wäre, wenn man den Landtag vor vollendete Tatsachen stellen und ihn nicht hören würde, ehe die bayrische Regierung in Berlin das letzte Wort gesprochen habe. Es handle sich hier um eine hochwichtige Angelegenheit für die ganze deutsche Republik. Auch die blutigen Ereignisse in Koburg müssen schleunigst besprochen werden. Die Mehrheit dürfe nicht noch willkürlich vorgehen, sondern müsse sich dem Gebot der Stunde unterstellen. Der bayrische Gesandte in Berlin habe im Ueberwachungsamt des Reichstages erklärt, daß die bayrische Regierung zunächst den Landtag hören müsse. Das Ergebnis der Auseinandersetzungen war, daß mit den Stimmen der Koalitionsparteien beschlossen wurde, morgen und übermorgen keine Sitzung des ständigen Ausschusses abzuhalten. Die nächste Sitzung wurde auf Freitag angesetzt.

Bayern hebt weiter.

München, 6. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Münchener Presse legt ihren Hegeßzug gegen die Reichsregierung mit der Aufhebung aller Kräfte fort. Selbst die offizielle „Staatszeitung“ heißt sich, eine Billenlese aus der reaktionären Münchener Zeitung abzudrucken und sieht sich veranlaßt, den übrigen Blättern eine schwallige Erklärung des Bürgerrates mitzuteilen, in welcher die Regierung angefordert wird, in keinem Punkte nachzugeben und keinem Druck von Berlin zu weichen. Die „Mugsburger Abendzeitung“ begrüßt die Ankündigung des Reichswehrministers Geßler in München mit einem höhnerischen Artikel, in dem sie Dr. Geßler auffordert, an Stelle einer Stimmungsrede für die Reichsregierung, sich mit der Aufklärung seines Ministerkollegen Dr. Gradnauer über Bayern zu befassen.

Die bevorstehende spanische Offensive.

Madrid, 6. September.

Im Kriegsministerium erklärt man, daß die spanische Offensive in Marokko nach in dieser Woche beginnen wird. Es wurden drei Kolonnen gebildet, die unter dem Kommando der Generale Jurgo, Caballeros und Berenguer stehen. 30.000 Mann und 200 Geschütze werden an den verschiedenen Stellen konzentriert.

Vom ungarisch-österreichischen Streit.

London, 6. September.

Ein Telegramm, das die „Central News“ aus Budapest erhalten, meldet, daß nach aus Westungarn vorliegenden Mitteilungen irreguläre Banden, die mit Maschinengewehren ausgerüstet sind und von ehemaligen Offizieren der ungarischen Armee geführt werden, eine Schreckensherrschaft in dieser Gegend ausüben. Die österreichischen Streitkräfte, die hauptsächlich aus Gendarmen bestehen, waren gezwungen, sich vor diesen Banden zurückzuziehen. Ein ungarischer Priester wurde von der österreichischen Armee gefangen genommen und als Geißel mitgeführt. Darauf nahmen die Ungarn mehrere Offiziere der österreichischen Gendarmen gefangen und sprachen die Drohung aus, sie zu erschließen, wenn der Priester nicht sofort wieder freigelassen würde. Die österreichische Regierung hat die Alliierten um ihre Intervention gebeten, um die Ermordung der Offiziere zu verhindern. Andererseits hat sich das Gerücht verbreitet, daß von den Monarchisten eine Umsturzbestrebung organisiert werde, um die Wiedererrichtung des Kaisers Karl auf den ungarischen Thron herbeizuführen.

Englischer Gewerkschaftskongress.

London, 6. September.

Der Gewerkschaftskongress wurde in Cardiff eröffnet. 850 Delegierte, die über 6.000.000 Mitglieder vertreten, nahmen an der Sitzung teil. Der diesjährige Vorsitzende Boulton erklärte in seiner Eröffnungsrede bezüglich des Vorschlags, einen Generalrat der Gewerkschaften zu errichten, die bisherige Methode sei vollkommen unzulänglich. Neue Methoden müßten eingeführt werden, damit die Gewerkschaftsbewegung sich ernstlich mit den industriellen Lebensfragen befassen könne. Boulton erklärte sich gegen die Revolution durch Gewalt und sagte, die große Mehrheit der Arbeiter sei für eine friedliche Entwicklung. Zur Arbeitslosenfrage erklärte der Vorsitzende, die bestehende Arbeitslosigkeit verurteile schon allein die gegenwärtigen Zustände. Die Staatsmänner, Politiker, Bankiers und Unternehmer dürften versichert sein, daß die augenblicklichen Zustände des Handels, der Wirtschaft und der Gesellschaft beseitigt werden.

Vom griechisch-türkischen Kriege.

Nach kurzen Gegenseitigen scheinbar die Türken nunmehr endgültig besiegt zu sein. Nach den letzten Nachrichten hat vor Angora eine schwere Schlacht stattgefunden, die zu Gunsten der Griechen endigte, weil alle Anstrengungen der Türken die griechische Überlegenheit an Kriegsmaterial nicht ausgleichen konnten.

Angora selbst soll von den Griechen bereits besetzt sein.

Fritzhof Nanzen über Rußlands Not.

Nanzen gab den Vertretern der Presse in Genf einige interessante Aufklärungen über das Hilfswerk für das hungernde Rußland. Nach seiner Ansicht wären vier Millionen Tonnen Nahrungsmittel nötig, Rußland glaube, zwei Millionen Tonnen liefern zu können. Das internationale Hilfswerk müsse also einerseits zwei Millionen Tonnen liefern. Die Hungersnot breite sich von der Wolga bis zum Kaukasus aus. 20 bis 25 Millionen Menschen litten ungeschützt. Das Dringendste sei, Saatgut zu beschaffen. Wenn das nicht möglich sei, dann würden die Menschen und das Vieh sterben müssen. Ueber die jüngste Verhaftung des allrussischen Komitars befragt, wies Nanzen darauf hin, daß dadurch große Schwierigkeiten

hervorgehoben worden seien. Es wäre eine unbankbare Aufgabe, die er übernommen habe, aber nur mit Optimismus könne man sich an sie heran machen. Auf die Bemerkung eines Pressevertreter, daß die Pariser Kommission eine Untersuchung anstelle, erklärte Nanzen, daß das sehr schön sei, aber das würde die unmittelbare Hilfe nicht einschränken. Man dürfe keinen Augenblick mehr verlieren. Der warme, aufrichtige Ton seiner Ausführungen machte tiefen Eindruck auf die Zuhörer.

Ein Herd der Gegenrevolution.

Frankfurt a. d. O., 6. September.

(„Vorwärts“) Die Gegensätze zwischen militaristischer Reaktion und Arbeiterschaft verschärfen sich im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. immer mehr. Das tritt besonders in der militaristischen Hochburg Küstrin, wie im großhagarrischen Königsberger Kreise in der Erscheinung. Die reaktionäre Verfassung ist soweit vorgeschritten, daß selbst die Maßnahmen der Reichsregierung und die gewaltigen Kundgebungen der Arbeiterschaft keine Kursänderung in dem Treiben der nationalpolitischen Dunkelmänner herbeizuführen vermochten. Nachdem wir erst vor kurzem von der Verschleppung einiger Geschütze Mitteilung machen konnten, können wir heute melden, daß dieselben Kräfte weiter am Werke sind, die gegenrevolutionären Elemente auf dem Lande mit Waffen bzw. Munition zu versorgen. Gestern wurde vom Arbeiterschaft beobachtet, daß ein mit Granaten beladenes Auto von Küstrin nach der Domäne Neudamm fuhr. Bewachter dieser Domäne ist der als reaktionärer Scharfmacher im Königsberger Kreise hinlänglich bekannte Herr v. Iffland. Die Arbeiterschaft war auf dem Volten und verlangte von Iffland sofortige Aufklärung über die Herkunft der Granaten und über den Zweck des Transports. Die benachrichtigte Gendarmerei beschlagnahmte die Granaten, mehrere Hundert an der Zahl, die in Kisten verpackt waren. Die Erregung gegen den Rechtskonservativen Iffland und seine vaterlands- und arbeitserfeindlichen Absichten wuchs so stark an, daß die Gefahr bestand, daß der Jörn der Arbeiterschaft sich in einer sofort an Ort und Stelle geübten Volksjustiz Luft machte. Iffland wurde deshalb in Schutzhaft genommen. Erschwerend für die Beurteilung der ganzen Angelegenheit kommt noch hinzu, daß die Küstriner Kommandantur, bei der eine ganze Reihe republikanisch höchst unzuverlässiger Personen sich herumdrücken, in dem dringenden und durch die bisherigen Erfahrungen wohl begründeten Verdacht steht, diejenige Stelle zu sein, die die Granaten an Iffland abgegeben hat.

Burgfrieden in Oberschlesien.

Kybnick, 7. September.

Vor einigen Tagen fanden im Kreise Kybnick Versammlungen der deutschen und polnischen Sozialdemokraten gemeinsam statt. In allen diesen Versammlungen erklärten die Polen, von jetzt ab in Oberschlesien mit den deutschen Sozialisten gemeinsam und für den Anschluß an Deutschland arbeiten zu wollen.

Um die preussische Regierung.

P. Berlin, 7. September. (Eigener Drahtbericht.)

Zimmer noch zerbrechen sich gewisse bürgerliche Journalisten den Kopf über die Umbildung der Regierung in Preußen. Zum Teil glauben sie mitteilen zu dürfen, daß die bisherigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, andererseits aber werden Meldungen von einem bereits erzielten Einverständnis über die Neugestaltung der preussischen Regierung verbreitet. Dem gegenüber ist es doch notwendig festzustellen, daß derartige Feststellungen nicht zutreffen. Wir dürfen mitteilen, daß zwischen den drei alten Koalitionsparteien am Donnerstag offizielle Verhandlungen über die Umbildung des preussischen Kabinetts stattfinden. Da Stegerwald glaubte, angesichts seiner bisherigen Haltung bezüglich der Regierungsbildung die neuen Verhandlungen nicht führen zu können, hat er den Landtagspräsidenten Leinert, mit dem schon vor einiger Zeit über die Umbildung der Regierung Besprechungen geführt wurden, ersucht, die Beratungen mit den Parteien zu führen. Stegerwald selbst hat zugestimmt, in seiner Partei das Möglichste zu tun, um die Verhandlungen zu einem Ergebnis zu bringen. Auf welcher Grundlage die für Donnerstag anberaumten Besprechungen geführt werden, steht im Augenblick noch nicht fest. Klar aber ist, daß die Wit-

teilungen der bürgerlichen Presse, die den vorstehenden Angaben entgegenstehen, unrichtig sind.

Welche Haltung die sozialdemokratische Landtagsfraktion bei den kommenden Verhandlungen einnehmen wird, ist durch verschiedene Kommentare bereits angedeutet worden. Wir lehnen es ab, mit der Volkspartei eine Koalition zu bilden. Auf diese Tatsache glauben wir insbesondere nochmals hinzuweisen zu müssen, weil man sich in gewissen Zentrumskreisen der Hoffnung hingibt, daß innerhalb der Sozialdemokratie diejenigen Kreise an Einfluß gewonnen haben, die zu einem Zusammenarbeiten mit der deutschen Volkspartei im Rahmen der bisherigen Koalition bereit sind. Soweit wir die Stimmung in den führenden Parteikreisen beurteilen können, ist diese Hoffnung trügerisch. Ganz abgesehen von der Auffassung der Genossen im Lande, halten die maßgebenden Kreise der Partei an dem bisherigen Standpunkt fest, trotz der phrasenhaften Erklärungen der Volkspartei, die plötzlich angibt, für den Schutz der Verfassung einzutreten. Wir sind nicht so leichtgläubig wie gewisse Zentrumskreise, die nach den Ausführungen volksparteilicher Abgeordneter in dem Uebereinigungsaußschuß des Reichstages und in Versammlungen „einen guten Willen der deutschen Volkspartei“ glauben finden zu können. Seit die Volkspartei existiert, hat sie manche Erklärungen über diese oder jene Frage abgegeben, die heute noch der Erfüllung harzt. Wie so oft wird das auch diesmal mit der neuesten Erklärung geschehen. Solange wir in dieser Hinsicht keine Tatsachen erleben, bleiben wir dieser Ueberzeugung. Erst die letzte Sitzung der volksparteilichen Reichstagsfraktion mit der Landtagsfraktion die sich bereit erklärte, für den Schutz der Verfassung einzutreten, ließ aber andererseits gegen das Verbot nationalpolitischer Machenschaften wenden, bestärkt uns in der vorstehend gekennzeichneten Auffassung.

Metallarbeiterstreik in Magdeburg.

Magdeburg, 7. September.

In Magdeburg haben die Arbeitervertreter, hauptsächlich der Metallindustrie, gestern nachmittag wider Erwarten beschlossen, den Vorschlag der Arbeitgeber sowie die Vorschläge des Regierungspräsidenten abzulehnen. Auch der Vorschlag des Vorsitzenden der Tariffkommission, eine Lohnerhöhung von 2 Mk. die Stunde als neue Forderung aufzustellen und erneute Verhandlungen aufzunehmen, wurde abgelehnt. Es wurde vielmehr der einstimmige Beschluß gefaßt, heute früh 9 Uhr in den Streik zu treten.

Rebeverbot für den Abg. Mittelmann.

Leipzig, 7. September.

Die von der Deutschen Volkspartei für gestern abend angelegte Sedansfeier, auf der Reichstagsabgeordneter Mittelmann sprechen sollte, ist polizeilich verboten worden.

Paul Reißhaus gestorben.

Wie uns aus Erfurt gemeldet wird, ist der langjährige Reichstagsabgeordnete Genosse Paul Reißhaus am Montag in Schwarzburg (Thüringen), wo er zur Erholung weilte, einem Gehirnschlage erlegen. Reißhaus, der ein Alter von 66 Jahren erreicht hat, gehörte zu den bekanntesten Parteigenossen des Thüringer Landes. Schon seit 1874 gehörte er der Sozialdemokratischen Partei an, wurde im Jahre 1880 auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen und machte sich dann in Erfurt anständig. Er war Mitbegründer des Deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbandes und in der Gewerkschaft lange Zeit als Vertrauensmann und Geschäftsführer tätig. In der Sozialdemokratischen Parteiorganisation des Bezirks Erfurt nahm er eine führende Stellung ein. Dem Reichstag gehörte er von 1893 bis 1906 und dann wieder von 1912 ab für den Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld an. Nach der Revolution war er Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates für Erfurt und wurde für den Thüringischen Bezirk sowohl in die Nationalversammlung als in den neuen Reichstag gewählt. Innerhalb der Partei stand Reißhaus zumeist auf dem linken Flügel. Als jedoch die große Spaltung im Jahre 1916 vor sich ging, blieb er unbeirrt auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei und alle Lockungen konnten ihn nicht veranlassen, der Partei den Rücken zu kehren. Nach dem Wahlvorschlag vom Juni 1920 würde die Genossin Wilhelmine Eichler, Ctuisarbeiterin aus Eisenberg (Altenburg) als Nachfolgerin von Reißhaus in den Reichstag eintreten.

Theater und Musik.

Der Lübecker Totentanz. In der St. Margaretenkirche fand seitens der Schleswig-Holsteinischen Volksspiele Montagmorgen eine Wiedergabe des Volksspiels „Totentanz“ statt, das der Maler Hans Holzarz (Heide) nach den Lübecker Bräuden von 1463 und 1520 übertragen und eingerichtet hat. Holzarz hat allerdings den alten lübeckischen Text nicht einfach slavisch übernommen, sondern sich hier und da Kürzungen und Umstellungen erlaubt, um das alte Volksspiel für unsere Zeit neu zu gewinnen. Der Kärnerarbeit des Philologen muß es überlassen bleiben, festzustellen, ob er dabei eine glückliche Hand gehabt und nicht etwa altes Kulturgut aus Neuerungssucht freudlos über Bord geworfen hat. In einem Falle, bei dem Zwiegespräch zwischen Tod und Reitermann, hat er sogar einige schöne Verse aus einem oberdeutschen Totentanz-Buchstüd mit herübergeholt; da ihn der Lübecker Text entweder ganz im Stich ließ oder aber, so weit er vorhanden war, ihm nicht ganz ausreichend erschien. Bei der Aufführung trat das kaum merklich in Erscheinung. Dargestellt wurden die einzelnen Figuren des Totentanzes von Dilettanten, Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Volksspiele, die ihre Sache recht brav machten, aber selbstverständlich nicht die tiefe, nachhaltige, innerlich-patende Wirkung erzielen konnten, wie der hundertjährige Haas-Verfasser mit seiner eingedrillten Schar an derselben Stelle vor einigen Monaten. Die Tänze selbst wurden auf der Bühne begleitet. In den Zeitungen hat es lebhafte Bemerkungen mit einer gewissen Bitternis gerührt, daß der Kirchenvorstand von St. Marien die Hergabe dieser Kirche für die Totentanz-Aufführung verweigert habe. Sofern die reinästhetische Seite in Betracht kommt, ist dieser Protest nach meinem Dafürhalten unberechtigt. Für derartige Volksspiele ist in unserer Stadt die Margaretenkirche der einzig geeignete Platz. In ihrem inneren architektonischen Aufbau ist sie wie geschaffen dazu. Die große Stube der mächtigen Hallenkirche hinter dem Rathaus wird erst dann von neuem geschlagen haben, wenn sich Kirche und Volk wieder gefunden haben. Diese Zeit wird sogar, wenn nicht alle Zeichen trügen, viel schneller kommen, als mancher im kirchlichen und unkirchlichen Lager denkt. Allerdings wird dann die Kirche als geistige Gemeinshaft ein wesentlich anderes Gepräge haben, als dies jetzt der Fall ist. Dem Totentanz-Spiel voraus gingen Orgelkonzerte und Sologesang, die durchweg im Zeichen Joh. Seb. Bachs standen, um eine weihnachtliche Stimmung zu schaffen. Ein prächtiges Orchester leitete den Totentanz. Die Orgel spielte die Arie aus der Kantate über das Lied „Was nun ist nach der Welt“, unterworf von Herrn Bogged auf der Höhe. Herr Eberding an der Orgel. Herr Bogged erzieht ein ganz hervorragendes Können. Ein ganz löstlicher Gesang war

die Solofantastik mit Orgelbegleitung „Schlage doch, gewünschte Stunde“. Sie bedeutete den Höhepunkt dessen, was uns Adelheid Warrnetze sang. Stille Entzückung sproßte aus dem von Robert Franz nach Bach bearbeiteten Liede „Komm, süßer Tod“. Von ihm aus flüchtete Herr Eberding das Pastorale in f-dur, das Bachsche Vorspiel über „Herzlich tut mich verlangen“ und das Gravement aus der Fantasie in g-dur bei. Alle drei Orgelwerke wurden von ihm gespielt; auch verriet die Ausmalung durch die Orgel einen geschmackvollen Musiker. Die Veranstaltung wies Massenbesuch auf; die Eintrittskarten waren restlos ausverkauft worden.

Nordisches Sinfoniekonzert. Der nordische Geist kristallisierte sich am reichsten in dem Sinfoniekonzert, das unter Leitung Karl Mannkaedts Montagabend im Stadttheater stattfand. Es war die künstlerische Dreiecksbestimmung der ganzen Veranstaltung am meisten einprägend. Nur nordländische Musiker kamen zu Raum. Der schwächste unter ihnen ist der Däne Niels W. Gade, von dem Mannkaedi die Sinfonie Nr. 4 in b-dur (Op. 20) gewählt hatte. Gade zeigt keine nennenswerte Eigenart. Er ist lediglich ein unterhaltender musikalischer Plauderer. Es gab eine Zeit, wo ich für Niels W. Gade sehr viel übrig hatte. Es waren das jene glücklichen Tage der Jugend, wo Julius Wolff und Rudolf Baumbach die von mir bevorzugten Dichter waren. Vielleicht kam das daher, daß alle drei weisensverwandte Flügel zeigen. Sie sind lebenswürdig, aber ohne jede große Leidenschaft. Da ist der Norweger Kristian Sinding ein ganz anderer Künstler. Zwar verleugnet er nicht ganz, daß er, dessen Wiege einst in Königsberg stand, durch die Schule von Wagner und Brahms gegangen ist, aber dieser deutsche Einfluß macht sich durchaus nicht aufdringlich bemerkbar, so daß Sinding, dem ein starker Zug zur Herbigkeit eigen ist, ein völlig eigenes Gesicht trägt. Mannkaedi hatte die Sinfonie in f-dur (Op. 121) hervorgeholt. Ich will mit ihm nicht darüber rechten, ob es vielleicht rascher gewesen wäre. Sinding's Sinfonie in d-moll zu spielen, die meines Erachtens die hervorragendste ist. Das Orchester spielte die leidenschaftliche, kontrastreiche f-dur-Sinfonie unter Mannkaedis gelehrter Leitung mit Schwung und Schwung. Jean Sibelius, der angeblich Finnlands bedeutendster Komponist ist, hatte die „Finlands“, eine Ländliche für großes Orchester beigeleitet. Das ist eine Heimatlust. Der Ländliche singt das Lied eines Landes in der Sprache eines Volkes. Das feine und wälderreiche Nordland mit seinem herben und düsteren Charakter findet in der Musik von Sibelius keine reinste musikalische Ausdrucksform. Das Orchester ließ es an einer vollendeten Weise nicht fehlen. Auch als hervorragenden Lieberling Sibelius kennen. Zum Dolmetsch seiner

Lieder machte sich Helga Lindberg, ein ganz hervorragender Bariton. Dieser hochstämmige Nordländer fesselte auch sonst durch seine markanten Züge. Man vergißt dieses typische Gesicht so leicht nicht. Von den vier Liedern, die Lindberg von Sibelius vortrug, gefiel mir bei weitem am besten die balladenhafte Gesangsweise von der jungen Jugagill, die durch Reudicht des Lebens Frieden verliert und deshalb den Tod im See sucht („Schilfrohr jäule“). Helge Lindberg sang das Lied mit starkem dramatischen Ausdruck. Neben den Liedern von Sibelius sang der Baritonist noch ein Nachstück, ein Nocturne, von dem mir bisher unbekannt gebliebenen finnischen Komponisten Erkki Melartin. Helge Lindberg fand mit seinen Vorträgen geradezu rauschenden Beifall, so daß er sich zu Zugaben verstehen mußte, trotzdem ihn bringende Gesänge nach Frankfurt a. M. riefen, weshalb schon seinerwegen eine Umstellung im Programm hatte vorgenommen werden müssen. Hoffentlich gelingt es, diesen ebenso eigenartigen, wie glänzenden Sänger bald wieder einmal für ein Konzert bei uns zu gewinnen. Der ganz zweifellos bedeutendste Komponist der Nordländer, der Norweger Edward Grieg, den wir schon fast als einen der ungerigen zu betrachten gewohnt sind, so heimlich ist er in unsern Konzerten, war mit seinem Klavierkonzert in a-moll vertreten, das fast allgemein als das schönste seit Schumann zu gelten pflegt. Am Klavier saß Walter Gieseler. Vergeblich sinne ich darüber nach, wo ich diesem Manne schon einmal begegnet bin, in seine offenen, traurigen Augen geblickt und seine Hände gedrückt habe. Etwas muß es bestimmt gewesen sein, ohne die geringste Ahnung dabei gehabt zu haben, einem so kraftvollen und bedeutenden Pianisten gegenüber zu stehen. Unter seinen Fingern nahm das Griechische Klavierkonzert Leben und Farbe an und wurde zu einer sinnensfülligen Wiedergabe norwegischen Volkstums, ausmündend in einem milden, ausgelassenen Tanz. So stark verstand Walter Gieseler mit seinem glüh- und seelenvollen Spiel die Zuhörer zu fesseln, daß sie ihn — hochstämmlich genommen — unter geradezu rauscherdem Beifall zu einer Zugabe veranlaßten. Ohne irgendwelche Beischönigung zu treiben, darf behauptet werden, daß dieses nordische Sinfoniekonzert zu einer der köstlichsten Gaben der ganzen Nordischen Woche wurde.

Joseph Mann auf der Bühne gestorben. Während der Aufführung der Verdischen Oper „Aida“ in der Berliner Staatsoper brach gegen 9 Uhr abends der Opernsänger Joseph Mann plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Vorstellung wurde sofort abgebrochen. Der Künstler spielte am vorigen Donnerstag in der Fidelio-Aufführung am Lübecker Stadttheater den Florestan, und wird mit seiner hervorragenden Leistung noch vielen in guter Erinnerung sein.

mit der republikanischen Handelsflagge!

Das „Hamburger Fremdenblatt“ läßt sich von seinem Ver-

- a) bei der Begehung mit einem Schiffe der Reichsmarine, das die Reichsdienstflagge geflegt hat,
b) beim Vorbeifahren an einer deutschen Küstenbefestigung, auf der die Reichskriegsflagge weht, wenn das Vorbeifahren innerhalb dreier Seemeilen beim Ebbestrand vom Strande ab erfolgt,
c) beim Einlaufen in einen deutschen Hafen.

Die Kommandanten der Kriegsschiffe haben die Befolgung der Vorschriften über die Flaggenführung durch die Kauffahrtschiffe zu überwachen. Sie sind daher berechtigt, erforderlichenfalls das Zeigen der Kauffahrtsflagge zu erzwingen oder den Kauffahrtschiffen alle Handelsflaggen, die den bestehenden Vorschriften nicht entsprechen, und von ihnen geführte Wimpel, die den Wimpeln der Kriegsmarine ähnlich sind, wegzunehmen.

Besitz verpflichtet.

In der Deutschen Volkspartei macht sich neuerdings ein Hang zur „Realpolitik“ geltend. Nach den Abgeordneten Dr. v. Campe und Kahl ist es jetzt Dr. Stresemann selbst, der in einer öffentlichen Versammlung in Magdeburg erklärt hat, die Partei müsse aus der negativen Opposition zur demokratischen Regierung heraustreten und eine gewaltsame Aenderung der Verfassung ablehnen. Seine Rede, die eine positive Mitarbeit der Deutschen Volkspartei bei den Steuerfragen in Aussicht stellt, erfährt eine eigenartige Beleuchtung durch einen Artikel der „Köln. Ztg.“, die schreibt:

„Die Tat muß folgen. Die Partei des Besitzes muß anerkennen, daß der Besitz verpflichtet, sie muß in Gegenwärtigen zu dem Wirtschaftlichen Steuerprogramm, das sie wegen seiner Ordnunglosigkeit vorwirft, auf klarste den Beweis erbringen, daß der Besitz bereit ist, zu opfern und zu steuern bis zu einer Grenze, die lediglich von der Notwendigkeit gezogen wird, die nationale Produktion bis zum höchstmöglichen Maße zu steigern. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch bei der uns allen obliegenden Steuerpflicht zwischen Worten und Wirklichkeit ein Widerspruch liegt, der schon aus Gründen der öffentlichen Moral beseitigt werden muß, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit Recht darauf hinweisen, wie ihre Steuerpflicht einer unentrinnbaren Kontrolle unterliegt, die bei den produzierenden Ständen und den freien Berufen fehlt, daß zwischen dem beschwerendsten Aufwand weiter Kreise und der kümmerlichen Lebenshaltung anderer, besonders des verarmten Mittelstandes, ein Gegensatz sich aufgetan hat, der unerträglich ist. Die Spekulation und Spielwut, die im Volke eingedrungen ist, macht uns zum Gespött des Auslandes, und trotz der reichlich im Lande umfließenden Geldmittel fordert die Regierung vergeblich zur Ablieferung von Auslandsbörsen auf, deren sie zur Bezahlung der Kriegsschuld so dringend bedürftig. Wir sind durch den Krieg arm geworden und werden unsere Schuld nicht bezahlen können, ohne unser Nationalvermögen dazu in Anspruch zu nehmen; wie weit das durch Erfassung des Gewinns aus den Gold- und Sachwerten, die die Sozialdemokratie fordert, möglich ist, ohne diese Werte dem Zugriff des Auslandes preiszugeben, wird ernstlich ins Auge zu fassen sein. Das alle Schichten des Volkes nach dem Verhältnis ihrer Kraft an der Last, die auf uns liegt, in gleichem Maße zu tragen haben, ist selbstverständlich; zu warnen aber wäre vor einem Verfahren, das etwa den Verzicht der Arbeiterschaft auf verfassungsmäßige Zugeständnisse wie den Achtstundentag in die Rechnung einzeln möchte.“

Ungemächlich verständige Worte! Die „Köln. Ztg.“ ist nach der „Deutschen Allgemeinen“ des Herrn Stinnes das zweite Organ der Deutschen Volkspartei, das in eindeutiger Weise zugeht, daß mit den bisherigen Besitzsteuern eine tatsächliche Erlassung des Besitzes nicht erreicht wurde. Und zum ersten Male vernimmt man, daß auch der Großindustrie der Gedanke einer Belastung der Gold- und Sachwerte nicht undiskutabel ist.

Wir würden nicht anstehen, diese Erkenntnis zu begründen und Schlüsse daraus zu ziehen, hätten wir die Gewißheit, daß es der Deutschen Volkspartei mit dem Kurswechsel ernst ist. Bisher aber haben wir dafür keinerlei Anhaltspunkte. Den Sozialismus einzelner bürgerlicher Redakteure in allen Ehren. Aber wie sollen wir an eine Bereitwilligkeit der Großindustrie in der Besteuerungsfrage glauben, nachdem am Sonntag der Reichskanzler erneut bekräftigt mußte, daß die Großbanken, deren Vertreter bei den Demokraten sitzen, die Ultimätsanforderung durch eine von klüglichen Eigennutz getragene Devisenpolitik sabotieren? Müht sich nicht ein Teil der demokratischen Presse seit Jahr und Tag, dem Kapital seine Verpflichtungen gegen das deutsche Volk klarzumachen? Und hat nicht trotzdem Herr Gothein, der im Vorstand der Demokratischen Partei sitzt, tausendfach in Wort und Schrift beteuert, daß der Besitz keine Belastung ertrage?

Mit solchen Erfahrungen auf einige gutgemeinte Neben- oder Artikel hin an die Bereitwilligkeit des rechtsgerichteten Bürgertums zur Besteuerung zu glauben, fällt schwer. Es kann uns aber nichts daran liegen, nur Männer in das Kabinett zu bekommen, deren höchste Aufgabe ist, unter dem Dementi ihrer Presse den Steuervorlagen die gegen das Kapital gerichteten „Sitzgehe auszugehen“.

Und am den guten Willen zur Mitarbeit offen und eindeutig vor aller Welt zu beweisen, ist in dem öffentlichen Parlament wie in den Ausschüssen auch für die Deutsche Volkspartei Raum genug.

Der Oberstaatsanwalt.

V. Am 10. Juli wurde der Schriftsteller Fleischmann in Bad Langenau, Grafschaft Glatz, von 25 Angehörigen des sogenannten Selbstschutzes überfallen und schwer mißhandelt. Fleischmann hatte in seiner in Breslau erscheinenden Wochenzeitung die antirepublikanischen Antriebe des Selbstschutzes gekennzeichnet. In Langenau wollte er zur Kur. Bei Langenau sich aufhaltende Selbstschutzhelfer, die unter Führung eines Studenten Obrieh standen, besetzten etwa 25 Mann stark das Kurhaus, sperren alle Ausgänge und fielen dann über Fleischmann her. Das Eingreifen einiger Kurgäste verhalf dem Ueberfallenen und aus mehreren Wunden blutenden eine Atempause. Er konnte aber das Haus immer noch nicht verlassen. Nach ein paar Stunden wurde Fleischmann noch einmal verprügelt und mit dem Tode bedroht. Nur dem Einschreiten einiger anderer Herren verdankte er es, wenn

er nicht totgeschlagen wurde. Auf die erstattete Strafanzeige erhielt Fleischmann nunmehr folgenden Bescheid:

Der Oberstaatsanwalt. Glatz, den 26. August 1921. 2 J. 65 521.

Auf Ihre bei dem Herrn Landrat in Havelshwert erstattete Anzeige wegen der Prügelei am 10. Juli 1921 in Bad Langenau eröffne ich Ihnen, daß die Täter nicht haben ermittelt werden können. In Bad Langenau oder Umgebung sind sie nicht mehr aufzufassen.

Im übrigen bemerke ich, daß auch ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung nicht vorhanden ist, und es Ihnen anheimgestellt wird, die Angelegenheit im Wege der Privatklage zu verfolgen.

Das zu den Akten überreichte ärztliche Attest erhalten Sie anliegend wieder zurück.

Die Antwort des Oberstaatsanwalts ist in politischer wie in juristischer Beziehung kläffend. Daß er die Selbstschutzhelfer, deren Namen zum Teil bekannt sind, nicht ermitteln kann, ist nur so ein Charakteristikum nebenbei. Noch wesentlicher erscheint hier, daß der Staatsanwalt dem Ueberfallenen auf den Weg der Privatklage verweist. Dazu ist er gar nicht berechtigt, denn die Privatklage ist nur für einfache Körperverletzung gemäß § 223 St. G. B. zuständig. Zweifellos handelt es sich hier aber um gefährliche Körperverletzung nach § 223 a des Strafgesetzbuches und zwar gleich aus vier Gründen, weil sie „von mehreren gemeinschaftlich“, durch „hinterlistigen Ueberfall“, mit „gefährlichen Werkzeugen“, in „einer das Leben gefährdenden Weise“ verübt wurde. Bereits einer der vier Gründe hätte genügt, die Körperverletzung zu einer gefährlichen im Sinne des Strafgesetzbuches zu stempeln, bei der der Staatsanwalt zum Einschreiten in jedem Falle verpflichtet ist. Der Staatsanwalt übersteht alle vier Gesichtspunkte, er übersteht sogar, daß hier vielleicht auch das noch schwerere Delikt des Landfriedensbruchs in Frage kommt und verweist den Kläger auf den Weg der Privatklage! — Das ist die rein juristische Seite. Aber selbst wenn der Staatsanwalt ein Recht gehabt hätte, den Kläger auf den Weg der Privatklage zu verweisen, so mußte er hier doch zweifellos ein öffentliches Interesse für gegeben erachten, da es sich um ein politisches Attentat zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit handelte. Wit erwähnen hier zum Vergleich, daß der Breslauer Staatsanwalt gegen einen Republikaner, der einen Hakenkreuzler zum Ablegen des Hakenkreuzes aufforderte, sofort im öffentlichen Interesse einschritt.

„Miesbacher Tageblatt“.

München, 6. September. In Miesbach ist am 6. September die Nr. 1, Jahrgang 1 des „Miesbacher Tageblatts“ im Verlage von Paul Wolff, erschienen. Für die Redaktion zeichnet verantwortlich Professor Peter Stomple in Miesbach. Das Blatt hat das Format und die Aufmachung des „Miesbacher Anzeigers“, der sein Erscheinen eingestellt hat und verkauft worden ist.

Der Schutz der Ehre.

„Den Polizeipräsident von Jagow [U. der Teufel holen“, so äußerte einmal zu den alten wilhelminischen Zeiten ein biederer Schlosser auf dem Hinterputz einer Straßenbahn, weil Herr v. Jagow eine Wahlrechtsdemonstration verboten hatte. — Jungs fand sich ein Denunziant, ein Staatsanwalt und was noch sonst zu einem ordentlichen Gerichtsverfahren gehört, und für seine unbedachte Äußerung des Unmuts erhielt der Schlosser vier Monate Gefängnis.

Zu diesen Zeiten hatte die Regierung nicht nötig, über einen besonderen Ehrenschatz der höheren und höchsten Beamten nachzudenken. Den besorgten die Gerichte mit der größten Bereitwilligkeit. Wenn eine Verbalinjurie gegen den Polizeipräsidenten von Berlin bereits 4 Monate Gefängnis nach sich zog, so kann man sich denken, was eine sachliche Beleidigung gegen einen Minister für Folgen hatte. Acht Monate, ein Jahr Gefängnis war das Mindeste, was hier zu erwarten stand.

Heutzutage ist das anders. Seitdem die Regierung nicht mehr nach dem Gefallen der deutschnationalen Richter ist, denken diese über Beleidigung führender Staatsmänner erheblich anders. Man kann beispielsweise die Minister beschuldigen, den Staat zu betrügen, indem sie sich ihr Gehalt statt in Papier in Gold zahlen ließen, und doch nur mit einer Geldstrafe davonkommen, wie der Fall des Herrn v. Stünzener-Karbe beweist. Man kann der Frau des Reichspräsidenten und des Reichsministers vorwerfen, sie hätten gemeinschaftlich Silberzeug gestohlen, — und 500 Mark Geldstrafe ist der ganze Effekt. Man kann behaupten, daß der Reichspräsident sich gegen Abend betranke, — eine Woche Haft (nicht Gefängnis) bei bedingtem Strafausschub ist die ganze Gefahr, der man sich dabei aussetzt.

Wenn heute für Republikaner kein Ehrenschatz vorhanden ist, so ist das viel weniger eine Folge der Gesetzgebung, als eine Folge der Justiz und ihrer Organe, der Richter sowohl wie der Staatsanwälte. Die letzteren nicht zu vergessen. Früher studierten sie die oppositionelle Presse und verschwendeten ihre ganze Gehirnkräft darauf, aus unverfänglichen Sätzen einen strafbaren Zusammenhang zu konstruieren. Heute kann ein deutschnationales Blatt zehnmal im Monat schreiben, die Reichsregierung stecke mit dem Feindbund unter einer Decke, oder bestehe aus Schuften und Halunken, — und kein Staatsanwalt wird darin etwas besonderes sehen. Früher schnitten die Staatsanwälte aus sozialdemokratischen Zeitungen sorgfältig alle Angriffe auf Einzelpersonen aus, schidten sie den Betreffenden zu mit der ausdrücklichen Mitteilung, daß sie im öffentlichen Interesse Anklage erheben würden, sobald Strafantrag gestellt sei. Heute kann es einem Minister passieren, daß er von der Staatsanwaltschaft auf den Weg der Privatklage verwiesen wird, wenn er öffentlich beleidigt worden ist. Ueber die Gesinnung der Staatsanwaltschaft gibt ja vorzüglich der Fall des Schriftstellers Fleischmann Auskunft, der in Bad Langenau von Selbstschutzhelfern halb tot geschlagen wurde, weil er gewagt hatte, den Selbstschutz als eine Gefahr für die Republik zu bezeichnen. Als der schwer Mißhandelte Strafanzeige erstattet gegen seine Peiniger, schreibt der Oberstaatsanwalt zurück, daß er die Strafverfolgung ablehne, weil kein öffentliches Interesse bestehe. Wofür dieser Oberstaatsanwalt allein Interesse hat, das ist nach dem Bescheid leicht zu erraten!

Wie mit den Staatsanwälten, so ist es mit den Richtern. Bei öffentlichen Beleidigungen werden Reaktionäre freigesprochen, weil man ihnen das Recht eines notigen Tons

zugesteht. Ein schlesischer Rittergutsbesitzer, der einen Beamten des Landarbeitervereins als „linkigen Kerl“, rausgeschmissenen Schweizer, Hecker usw.“ tituliert hatte, ist von drei Instanzen freigesprochen worden mit der Begründung, daß solche Ausdrücke in der derben Sprache der ländlichen Bevölkerung üblich seien. Wehe aber, wenn umgekehrt der Gewerkschaftsbeamte in solchen Ausdrücken zu dem Rittergutsbesitzer gesprochen hätte!

Wir können also feststellen, daß an sich ein Schutz der Ehre auf Grund der bestehenden Gesetze möglich wäre, wenn nur die Organe der Gerechtigkeit von dem Willen besetzt wären, die Ehre ihrer politischen Gegner ebenso zu schützen, wie der Reute, die ihre spezielle politische Sympathie genießen. Da dies aber offenbar nicht der Fall ist, da die deutschnationalen Gerichtshöfe reaktionären Schandbuben wie einem Oltwig v. Hirschfeld, einem Lebius in den Urteilsgründen noch offen ihre Sympathie aussprechen, indem sie ihre Mordtaten und Mordaufrorderungen als Ausfluß idealer Gesinnung preisen, so kann man an sich begreifen, daß die Reichsregierung nach der Anfechtung des Reichskanzlers Wirth einen besonderen Schutz der persönlichen Ehre für die im öffentlichen Leben stehenden planen. Nur müsse man an der Wirksamkeit des neuen Gesetzes zweifeln, solange es von diesen Richtern, von diesen Staatsanwälten gehandhabt wird.

Das Wichtigste scheint daher nach wie vor zu sein: schleunige Durchführung der Justizreform, soweit sie die Organisation der Strafgerichte betrifft. Ersetzung der rein aus Berufsrichtern zusammengesetzten Strafkammern durch überwiegend mit Laien besetzte Gerichtshöfe, wobei die demokratische Wahl der Laienrichter allerdings mit Voraussetzung bleibt. Daneben wäre allerdings erwünscht, daß es nicht länger ins Belieben der Staatsanwaltschaft gestellt bleibt, wann sie die öffentliche Beleidigungsfrage erheben will. In allen Fällen, in denen die Beleidigung auf die öffentliche Tätigkeit des Beleidigten ihrer letzten Ursache nach zurückzuführen ist, muß die Staatsanwaltschaft verpflichtet sein, auf Verlangen des Verletzten die öffentliche Klage zu erheben.

Einem im öffentlichen Leben stehenden Manne ist es gar nicht möglich, persönlich allen Beleidigungen nachzulaufen. Wie oft kommt es beispielsweise vor, daß eine Beleidigung gegen einen Staatsmann oder Politiker durch eine Korrespondenz verbreitet wird und dann gleichzeitig in 30 oder 50 Zeitungen auftaucht. Man muß ein millionenschwerer Rentier sein, um Zeit und Geld zu haben, in 50 Orten zu prozessieren. Die Meisten können das nicht. Und darauf spekulieren die deutschnationalen Provinzialblätter, die tagaus tagein die führenden republikanischen Staatsmänner und Politiker mit Dreck bewerfen. Sie sagen sich: Ach, der Mann wird doch nicht extra nach Köln oder nach Delft fahren, um mit uns zu prozessieren. In den meisten Fällen ist es wirklich so. Die Männer des öffentlichen Lebens sind mit Arbeit so überhäuft, daß sie ihre gesamte öffentliche Tätigkeit aufgeben müßten, wollten sie jedem Kreisblatt nachlaufen, das ihre Ehre in den Kot zieht. Hier scheint ein Punkt zu sein, wo der Ehrenschatz durch eine kleine gesetzliche Vorschrift wirklich wirksamer gestaltet werden kann.

Volkswirtschaft.

Starke Zunahme des Banknotenumlaufs.

Der Banknotenumlauf der Reichsbank hat in der letzten August-Woche um annähernd drei Milliarden Mark zugenommen. Es laufen somit jetzt für 80 Milliarden Mark Banknoten um, dazu kommen an Papiergeld noch 7,8 Milliarden Mark an Darlehnskassenscheinen. Die Zunahme des Notenumlaufs beträgt genau 2,88 Milliarden. Das Verhältnis zur Golddeckung erhöht sich jedoch dadurch, daß dem Goldbestande der Reichsbank zur Deckung der ersten Goldmilliarde 68 Millionen Mark in ausländischen Goldmünzen entnommen und in Zahlung gegeben werden mußten. Der gesamte Papiergeldumlauf der Reichsbank stellt also in der letzten August-Woche einen Rekord dar, der bisher noch nicht erreicht worden ist und der deutlich zeigt, wohin wir bei der gegenwärtigen Finanzpolitik des Reiches steuern. Die Börsen hat auf die starke Vernehrung des Banknotenumlaufs mit einem Haussturz reagiert, der derart stark war, daß für einzelne wichtige Spekulationspapiere, wie die Aktien des Sinneskongerns, infolge des starken Kaufandranges kein amtlicher Kurs festgestellt wurde, und daß selbst ein sonst ziemlich gleichmäßig bewertetes Papier wie die UGS-Aktien um volle 100 Proz. hinausschnellten. Man kann sich daraus ein Bild machen, welche Preis- und Gewinnsteigerungen die Börsenspekulation von dieser neuerlichen Geldbewertung erwartet.

Devisen-Kurse.

Table with columns for location (Holland, Kopenhagen, Stockholm, etc.), date (6. Sept., 5. Sept.), and exchange rates.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Table with columns for ship name (Dampfer Segler), captain (Kapitän), origin (Herkunftsport), and date (Angekommen am 6. September 1921).

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Das
Haus der
guten
Qualitäten
und
billigen
Preise



Wir bieten jetzt in unserm großen

Sonder-Verkauf

Damen-Kleidung und Damen-Hüte

für Herbst und Winter — besonders schön und
kleidsam und zu Preisen, wie Sie sie suchen!

DAMEN-MÄNTEL

Mantel	aus reinwollenem Flausch, neuester Machart, in hellen und dunklen Modefarben	195 ⁰⁰
Mantel	aus hell oder dunkel melierten reinwollenem Flausch, Raglanschnitt, Kragen mit Stepperei	275 ⁰⁰
Mantel	aus modernem Fischgrät-Flausch, elegante Form mit breiten Steppnähten	325 ⁰⁰
Mantel	aus reinwollenem Velour de laine, elegante Machart mit Seidentressen-Stepperei	450 ⁰⁰

JACKEN-KLEIDER

Kostüm	aus reinwollenem Cheviot, marineblau, moderne Machart mit Stepperei	375 ⁰⁰
Kostüm	eleganter Machart aus reinwollenem Stoff, ganz auf Seiden-serge gearbeitet	550 ⁰⁰
Kostüm	elegante Schneiderform, aus feinem Kammgarn-Cheviot, Rock mit Seitenfalte	695 ⁰⁰
Kostüm	besonders fescbe Form mit Seitenfalten, Seidentressen und Lacetstepperei	775 ⁰⁰

Elegante Modell-Konfektion weit unter den sonst üblichen Preisen

BLUSEN

Bluse	Oberhemdform, aus gestreiftem flanellartigem Stoff	39 ⁵⁰
Bluse	flotte jugendliche Form, in dunklen Streifen	69 ⁵⁰
Bluse	aus Pailleteseide, elegante Machart mit Seidenstickerei	85 ⁰⁰
Bluse	aus Crepe de chine mit farbiger Lacetstickerei	120 ⁰⁰

KLEIDER

Kleid	offen und geschlossen zu tragen, Popelinegewebe, tief angesetzter Rock mit Watteaufalten	175 ⁰⁰
Kleid	aus reinwoll. Cheviot m. reicher Stepperei u. Seidenpaspelierung	210 ⁰⁰
Kleid	aus marineblauem reinwollenem Stoff, elegant gearbeitet	325 ⁰⁰
Kleid	aus Pailleteseide mit Plisserfische und Seidenstepperei	350 ⁰⁰

RÖCKE

Rock	Sportform, aus dunkel meliertem Stoff	39 ⁵⁰
Rock	marineblau aus tuchartigem Stoff, gut sitzender Schnitt	58 ⁰⁰
Rock	flotte Form, dunkel gestreift mit Knopf-Garnitur	69 ⁰⁰
Rock	aus reinwollenem Cheviot, marineblau, elegante Machart	75 ⁰⁰

Jumper u. Kleider in Seidentrikot sehr preiswert

DAMEN-HÜTE

Duveline-Hüte	die vorzügl. Ledernachahmung, eleg. kleidsame Formen in modern. Farben	79 ⁵⁰	Praktische Stepphüte	aus melierten Stoffen	52 ⁰⁰
Filz-Hüte	moderne weiche und steife Formen, in allen Modefarben	36 ⁵⁰	Elegante Hüte	aus Zylinderplüsch, in kleidsamen Formen	72 ⁰⁰
Lederhüte	Die große Mode für den Herbst Die letzten neuen Formen und Farben	295 ⁰⁰		bis	75 ⁰⁰

Unser Rat! Wenn Sie die Kaufkraft Ihres Geldes voll u. ganz ausnutzen wollen, so warten Sie nicht mit den Anschaffungen für Herbst u. Winter — sondern **kaufen Sie jetzt!**

An unseren Kassen gratis: Plan von Lübeck und Tages-Programme für die Veranstaltungen der Nordischen Woche

Holstenhaus

Schuhwaren
in gediegenen
Qualitäten
noch
sehr preiswert

In unmittelbarer Nähe des Holstentores.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 7. September.

Was kosten die Kartoffeln?

In weiten Bevölkerungsteilen sieht man mit großer Besorgnis der Kartoffelbedeutung entgegen. Sind doch die Preise, die für dieses wichtigste Volksernährungsmittel heute bezahlt werden müssen und voraussichtlich auch für die Zukunft bezahlt werden sollen, einfach horrend. Und dies, obwohl in den meisten Bezirken eine sehr gute Ernte zu verzeichnen ist. Das bestätigt auch eine Verlammlung von Erzeugern und Händlern des Landesverbandes Mecklenburgischer Kartoffelinteressenten zu Güstrow. Ausnahmen sind natürlich vorhanden, wie z. B. Brandenburg, das eine Missernte erwartet. Auf der Mecklenburger Tagung beschäftigte man sich vorzugsweise mit dem Preise, den man nicht bei 50 Mark pro Zentner beim Erzeuger zu halten gedenkt. Was dieser unerhörte Erzeugerpreis bedeutet, wird uns noch recht klar werden. Bleibt es hierbei, dann haben wir mit einem Einkaufspreis von 75-80 Mark zu rechnen. Die Erzeuger führen bereits als Grund ihrer Forderung an, die Kartoffeln könnten schon deshalb nicht billiger abgegeben werden, weil der Futtermittelpreis in Rechnung gestellt werden müsse und außerdem ein Anreiz notwendig sei, damit der nächstjährige Kartoffelanbau in weitestem Maße gesichert werde. Das ist der alte Agrariergesang, der keine Not der Bevölkerung berücksichtigt und nur das hohe Lied des eigenen Vorteiles singt.

Im Kreise Stormarn beschäftigten sich die in der deutschen nationalen Volkspartei vereinigten Landwirte mit dem Kartoffelpreis. Dabei wurde der von der Handelskammer Hamburg festgesetzte Großhandelspreis für gelbfleischige Speisekartoffeln ab Bahnhof von 65-70 Mark als zu hoch angesehen und beschlossen, auf alle landwirtschaftlichen Mitglieder der Partei einzuwirken für Stormarn einen Preis von 45-60 M. innezuhalten. Eine Kommission von Landwirten wird dahin wirken und hat in Altrahlstedt bereits den Anfang gemacht. Im Oldenburger Ministerium wurde betont, eine Firma habe der Regierung ein Angebot gemacht, gute rotschalige Speisekartoffeln für 42 Mark pro Zentner frei Verbraucherstation zu liefern. Danach würde es möglich sein, diese Kartoffeln mit 48-50 Mark an die Konsumenten abzugeben. Die „andern“ Sorten allerdings würden teurer werden. Empfohlen wurde, die Kartoffeln auf gewöhnlichem Wege zu beziehen.

Dies alles ist vorläufig nur theoretische Ermägungen. Nach den Erfahrungen der Kriegsmiserejahre werden, wenn nicht behördliche Eingriffe erfolgen, die Resultate ganz andere werden. Zwar erläßt das Reichswirtschaftsministerium an die zuständigen amtlichen Stellen ein Rundschreiben, in dem davon gewarnt wird, die Bevölkerung mit Nachrichten über phantastische Kartoffelpreise zu erregen. Preise von 100-120 Mark pro Zentner kämen nicht in Frage. Die augenblicklichen Marktnotierungen an den größeren Börsenplätzen rechtfertigen derartige Befürchtungen nicht. Beispielsweise stellten sich die Kartoffelpreise an der Berliner Börse am 26. ds. Mts. für weiße Speisekartoffeln auf 45 bis 48 M., für Rosenkartoffeln auf 40 bis 42 M. für den Zentner. Anhaltspunkte dafür, daß diese Preise für den kommenden Herbst eine beträchtliche Erhöhung erfahren werden, seien bisher nicht erkennbar. Die Gestaltung der Marktlage für Kartoffeln in der kommenden Zeit lasse sich noch garnicht übersehen. Umsoweniger liege ein Anlaß vor, die durch die Brotpreiserhöhung und andere Preisverhärassungen zur Zeit schon erregte Bevölkerung durch Nachrichten der oben erwähnten Art noch weiter zu beunruhigen und dadurch die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Das ist alles recht schön gesagt und wir möchten nur wünschen, daß wir es nicht nötig hätten, über die große Preistreibererei zu schreiben. Die öffentliche Ruhe wird gefährdet durch das ewige Geschrei der Agrarier über zu niedrige Preise, und durch die Unzulänglichkeit der Löhne. Wenn es dem Ernährungsminister Ernst ist mit der Dämpfung der Erregung im Volke, dann sollte er vor allem danach trachten, daß der Geldhunger der Agrarier gedämpft wird. Mit der Anspielung der Gefährdung der öffentlichen Ruhe durch Aufhebung der Tatsachen möchte man wohl wie unter der herrlichen Zentur während des Krieges der Presse den Mund stopfen, damit die anderen um so lustiger pfeifen können. Das machen wir nicht mit.

Die Mitglieder der Bürgerchaft sind zur Besichtigung der Wollschau von Lübecks Industrie und Handwerk am Holstentor auf Freitag, den 9. September, vorm. 10 Uhr eingeladen. Treffpunkt der Mitglieder unter den Holstentortürmen. Die Eintrittskarten werden dort ausgegeben.

Ein Kapitel über Wohlstandsgläubigkeit glauben die „Lübedischen Anzeigen“ dem „Volksboten“ lesen zu müssen. Sie sind mächtig konsterniert, weil ihr Schutzherrlicher Traub die der Wirtschaftlichkeit dienende Nordische Woche nicht zu monarchistischen und kapitalistischen Zwecken mißbrauchen kann. In alter bekannter Verdröhnungskunst deutet das Blatt an dem Sinn seines Vorwurfs der Unanständigkeit gegen große Bevölkerungsschichten herum und glaubt damit seine schwarze Seele reinzuwaschen. Das wird ihm allerdings nicht gelingen. Denn wer offenkundig die Tatsachen auf den Kopf stellt, der muß es sich schon gefallen lassen, wenn man an seiner Wahrheitsliebe zweifelt. Oder ist es vielleicht keine Abwägung der Wahrheit, wenn man die Zeitnummer eines Amtsblattes dazu mißbraucht, um die deutsche Reichsflagge dreimal abhändlich falsch darzustellen? So etwas bringen nur die „Lübedischen Anzeigen“ fertig. Sie beweisen damit, daß sie offenkundige Feinde der Republik und der Verfassung sind und daß es ihnen Vergnügen macht, die Republik vor den Ausländern zu verleugnen und herabzusetzen. Ob diese Unverschämtheit in das Buch der anständigen oder unanständigen Menschen eingetragen werden muß, darüber ist sich die Bevölkerung Lübeds nicht im Zweifel. Oder wollen die „Lübedischen Anzeigen“ mit der Volksschullehrerin Dreinhahn an der St. Lorenz-Mädchenschule konkurrieren, die Stjärige Kinder um ein Urteil über die Flaggen fragte, und ihnen suggerierte, die schwarz-weiß-rote sei die schönste? Die Einfaß ist bekanntlich weit verbreitet, auch wenn sie, wie in den konkreten Fällen, nicht immer so blöde vor Augen liegt.

Vom Kampfe im Friseurgewerbe. Seit Donnerstag, dem 1. September, ist der Streik im Herrenfriseurgewerbe beigestellt. Unsere Forderungen wurden bis auf 5 M. die Woche angenommen. In unsern Tarif wurde gleichzeitig ab 1. Oktober eine neue Lohnzulage festgelegt. Die Einstellung der Gehilfen folgte bis auf 6 Kollegen, die gemahnt sind, und den Betrieb einer Kassehütte im Gewerkschaftshaus aufrecht erhalten. Einige Arbeitgeber weigerten sich, ihr Personal wieder einzustellen, da sie Streikbrecher beschäftigen. Wir bitten auch weiterhin diese Geschäfte zu meiden. Folgende Geschäfte arbeiten mit den früheren Streikbrechern: Herrn Müller, Johannistrafte, Frhm. Königstrafe, Steffen, Langereife, Sonnemold, Hüßtrafe, Bohnhoff, Mühlentrade, Höpner, Bahnhof, Blöb, Bahnhofstrafe, Baumann, Schwarzaue Allee. Ganz besonders arbeitet Bernheuer, Gr. Burgstrafe 48, gegen seinen Gehilfe. Er wurde wieder eingestellt, aber B. hatte die Kundschaft schon während des Streiks darauf vorbereitet, er müßte den Gehilfen erst wieder nehmen, lachte aber Grund, ihn wieder zu entlassen. Warum nun? Der Gehilfe, der Vorstandsmitglied des Verbandes ist, war vielen Arbeitgebern ein Dorn im Auge, und es soll versucht werden, ihn festzusetzen zu bringen. A. ist aber von allein gegangen und nimmt keine Tätigkeit nun im Gewerkschaftshaus mit auf. Wir bitten, gerade dieses Geschäft zu meiden, das fast nur organisierte Arbeiter besuchen. Wir werden darauf achten. — Unsere Friseurinnen kamen bis heute immer noch nicht zum Abschluß eines Tarifes, hier wird bei der Kundschaft versucht, die Löhne der Friseurinnen höher anzugeben, als sie bisher waren. Löhne von 300 bis 400 Mark im Monat waren die meisten, jetzt soll 20 % Aufschlag gewährt werden. Aber einem Tarifabschluß wollen die Arbeitgeber nicht eingehen. Die Friseurinnen lehnten dieses Angebot ab. Wir bitten, nur die Geschäfte zu besuchen, die bisher den Tarif unterschrieben haben. Es sind dieses: Büttge, Johannistrafte, Heins, Schäffelsbuden, Beyer, Sanbstrafe, Wigger,

Kronsforder-Allee, Scheel, Bittentrafte. Zum Friseur ist Gelegenheit im Gewerkschaftshaus geboten. Bei Bestellungen werden Friseurinnen ins Haus geschickt. Telephon 225. Bei guter Unterfützung werden auch die Friseurinnen ihren Kampf zum guten Ende führen. Darum unterfützt auch weiterhin die Felleuagenhilfen und Friseurinnen.

Arbeitsnehmer-Verband des Friseur- und Haargewerbes. Kriegsgefangenen-Behaltung. Anträge auf Bewilligung von Wohnungsbeihilfen werden nur noch bis zum 16. September ds. Js. im Bureau der Kriegsgefangenenfürsorge im Wollfabrikamt, Untertrape 104, 1. Stock, Zimmer 14, entgegengenommen. Später eingereichte Anträge finden keine Berücksichtigung mehr. Antragsformulare können von nachmittags 2-4 Uhr bei dieser Dienststelle abgeholt werden.

Haft Grundsteuer. Das Finanzamt gibt bekannt, daß die rückständige Grundsteuer innerhalb einer Woche zu zahlen ist. (Siehe Inserat.)

Hansa-Theater. Die Direktion schreibt: Das Gastspiel der berühmten Verwandlungsschauspielerin „Fregolia“ mit ihrem eigenen Ensemble wird des nach durch die ungeliebten Kraftleistungen ausgedehnten „Reons“ erweitert beim Publikum ein immer größeres Interesse, so daß sich der Besuch des Hansa-Theater von Tag zu Tag steigert. Auch der übrige Varieté-Spielplan reißt sich diesen Zugunmtern an.

Neue Apotheke. Am Donnerstag, dem 8. September, wird die Gürtler-Apotheke, Gürtler-Allee 15, eröffnet.

Moisling. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am 3. September im Kaffeehaus Moisling statt. Genosse Denker-Lübeck hielt einen kurzen sachlichen Vortrag über „Was haben wir seit dem 9. November 1918 gelernt?“ Nach dem Vortrag fand eine rege Aussprache statt. Dann wurde Stellung zum Bezirksparteitag in Lübeck genommen, desgleichen zu dem am 13. Nov. stattfindenden Bürgerchaftswahlen. Als Delegierte zum Bezirksparteitag wurde Genosse Meyer gewählt. Ergänzung Gen. Wilhelm Denker als Bürgerchafts-Kandidat wurde Gen. Meyer vorgeschlagen und Gen. W. Denker als Ersatzmann. Die Versammlung rügte, daß in Moisling kein Feuerwehler vorhanden sei. Wäre solcher am Ort vorhanden gewesen, so hätte das Feuer auf dem Moislinger Hof nicht solchen Umfang angenommen. Das Bürgerchaftsmitglied Meyer erhielt den Auftrag, energisch in der Bürgerchaft dafür einzutreten, daß in Moisling ein Feuerwehler angebracht wird. Ferner wird Gen. Meyer von der Versammlung beauftragt, bei dem Rektor der Volksschule, Herrn Borgs, vorzulegen zu werden wegen Entfernung der Kaiserbilder aus der Schule.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Arbeiter-Jugend. Monatsprogramm für September. 8. Gesellschaftsspiele, 10. u. 11. Rauchtour (Wohn), 18. Reigenabend, 15. Vortrag des Gen. Teßki (Jugendpflege), 16. Gesellschaftsspiele (ab 5 Uhr bis 10 Uhr im Heim), 20. Gemeinsame Abendwanderung, 22. Tischspiele, 25. Winterabend, 27. Monatsbesprechung, 29. Funktionärstagung.

Oldesloe. Vom Zuge gestört. Als ein Zug von Schwarzenhof kommend auf Station Mollhagen eintraf, kam auf unangelegte Weise Frau Elise Berold aus Mollhagen der Lokomotive zu nahe, so daß sie von derselben erfasst wurde. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Riel. Zur Beendigung des Straßenbahnerstreiks ist noch nachzutragen: Der Prof. Garm ist es gelungen, die Generaldirektion in Berlin, die bisher mündlich und schriftlich jede Forderung abgelehnt hatte, zu beschiedenen Zugeständnissen zu bewegen. Die Streikenden sollen nach Wiederaufnahme der Arbeit 30 Pf. Zuschlag zu den jetzigen Stundenlöhnen erhalten, am 15. Oktober, am 15. November und am 15. Dezember jedesmal erneut 20 Pf. — Im Falle außergewöhnlicher Teuerung sollen am 15. November neue Verhandlungen stattfinden. Dielem Vorschläge haben die Straßenbahner zugestimmt.

Riel. Die Millionäre der Provinzial-Fotokelle. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer eröberte in seiner letzten Sitzung die Frage der Uebernahme der ehemaligen Provinzialfotokelle und fasste einstimmig folgenden Beschluß: „Wenn aus den Uebernahmen der Provinzialfotokelle den Verbrauchern ein hoher Betrag zur Verfügung gestellt wird, ist unbedingt daran festzuhalten, daß der Restbetrag den Erzeugern in

Der Arbeiter.

Eine Erzählung von Stija Streunels.

4. Fortsetzung.

Manje und Emma trafen sich nach der Frühmesse vor dem Eingang der Kirche, und Emma begleitete Manje logisch nach ihrem Haus, denn die Kinder mußten noch angezogen werden, und viel Zeit war nicht mehr bis zum Aufbruch.

Emma ver sprach, mit Hand anzulegen, und die beiden Schwestern unterhielten sich unterwegs über das Ereignis des Tages.

Die ältesten Kinder standen schon auf der Lauer, die andern tumelten im Hause herum, und die beiden kleinsten schrieten, um aus der Wiege herauszukommen.

„Was ist denn das hier? Das ganze Haus sieht ja wie neu aus! Wann hast du das fertig gekriegt?“ fragte Emma.

„Gestern, mein Kind, bis spät in die Nacht! Ist es nicht fein?“ Zoo wird Augen machen und mir nicht vormerken, daß es verwahrloßt ist!“

Manje war selbst davon überascht, so sauber und blühblant sah alles aus.

Die beiden Frauen legten ihre Mäntel ab, banden sich eine blaue Schürze um, und eines nach dem andern mußten die Kinder durch Mutters Hände, um gewaschen zu werden, und Emma zog sie dann weiter an. Darauf wurde alles beiseite gefegt, der Fußboden wurde noch mal gefegt, und als sie alle fertig waren, nahm Manje das Kleinsten auf den Arm und eins der andern Kinder an der Hand, und sie zogen ab. Die Jungens tollten vergnügt vorneweg.

Es war ein grauer Morgen mit Herbstluft und lauem Wind; es herrschte rechtes Sonntagswetter, wie geschaffen, um draußen zu sein.

„Das ist was anderes, als wenns regnete und kalt wäre“, bemerkte Manje, die sich daran freute.

„Sonst hätten die Kinder zu Hause bleiben müssen“, meinte Emma.

„Und es macht doch viel mehr Spaß, mit der ganzen Gesellschaft loszugehen, — die Männer wollen immer zuerst die Kinder kahn.“ Emma wollte nicht sagen, was sie dachte: daß die Frauen, und sie besonders doch am meisten danach verlangte, ihren Sarel wiederzusehen.

Während die Kinder mit sich beschäftigt waren und voranliefen, legten Manje und ihre Schwester unter lebhaftem Geplauder den langen, oben Weg zurück.

Es wurde von den Schwestern gesprochen, von dem, was sie verdienten, von dem nahenden Winter, und Manje äußerte mit lebhaften Worten ihre Freude darüber, daß Zoo nun zu Hause sein, daß sie ihn nun haben werde, nachdem sie so lange ihn entbehrt und wie eine Witwe gelebt hatte, allein mit den Kindern — mitten im freien Feld —, wo weder Mensch noch Tier je vorheikam.

„Dann soll man lieber nicht betreten, um solch ein Leben zu führen“, meinte sie, „und hätte ich meine Arbeit nicht, es wäre zum Verrückwerden — es ist schlimmer als in einem Kloster.“

Während sie so hin und her plauderten, mit lauter Stimme, so daß die Worte über die flachen Felder hinballten. Überdachte Manje bei sich den ganzen Verlauf des Tages, der nun begonnen hatte, und von dem sie sich so viel versprochen. Sie lehnte sich nach dem Augenblick, da sie Zoo aus dem Zuge steigen sehen, da sie mit ihm und mit der ganzen Schar heimkehren werde, aber viel mehr noch danach, zu Hause zu sein, mit ihm am Mittagstisch zu sitzen, wo sie nach dem Essen den Reiberei auftragen würde. — und dann, am Nachmittag, würden sie sich bei einer Ranne Bier alle ihre Erlebnisse erzählen, miteinander plaudern und alles nachholen, was sie so lange wegfelstigt entbehrt hatten. — und am Abend würden sie zusammen zur Mutter gehen und vielleicht ins Dorf, wo die Schwestern Einzug und Heimkehr feierten, und darnach heimkehren und zum erstenmal zusammen schlafen.

Bei dem ganzen Gespräch war Sarel Seynaeve absichtlich nicht einmal erwähnt worden, noch auch wurde etwas gesagt, was sich auf ihn beziehen konnte. Es wurde als selbstverständlich angenommen, daß Emma ihre Schwester begleitete, ohne daß jemand sich den Unheimen gab, zu wissen, daß sie ihren Liebhaber abholen wollte, davon sprach man nicht. Nicht, weil es an Vertrauen gefehlt hätte oder die beiden Schwestern nicht intim genug miteinander waren, sondern vielmehr aus einem angeborenen Gefühl schüchternen Ehrbarkeits, weil ein Mädchen hierzulande ihre Herzensangelegenheiten nicht offenkundig werden und ihre Liebe zu einem jungen Manne nicht zeigen oder merken lassen darf, ehe das eigentliche Verlobnis festgefunden hat — um zu vermeiden, daß etwas behauptet oder aus dem Verhältnis hergeleitet werden kann, falls aus der Sache nichts wird. Darum tat Manje so, obgleich sie genau darum mußte, als käme es ihr nur darauf an, Zoo wiederzusehen, und Emma ließ sich überzeugs nichts von ihrer eigenen Erwartung anmerken. Das allem Geplauder wußte sie ihre Freude zu verbergen und bes Verlangen, Sarel wiederzusehen, ihre in ihrer Nähe zu wissen, auf die folgenden Tage, den ganzen Winter

lang. Es war, als ob eine Sonne jordan in ihrem Herzen kheimen sollte, nachdem es darin so lange tot und trübe und verlassen gemessen war.

Und sie sprach mit Manje frei von der Leber weg, neben der Sache hin, die sie am meisten anging, als ob das, was verschwiegen wurde, doch hindurch flänge, ohne daß es mit Worten deutlich gemacht zu werden brauchte.

Der große Frieden, auf den sie zugingen, wurde von der Bewachung der umliegenden Dörfer als eine Stadt betraachtet. Außer der wichtigen Eisenbahn waren da noch der Markt und jener zwei, drei große Läden mit kostbaren Auslagen. Alles, was mit dem Zug abreiste oder ankam, mußte den Frieden berühren; auch der Wochenmarkt zog viel Volk an: die Bauernfrauen mit Butter und Eiern, und die Küner, die ihre Einkünfte machten. Sonntags kamen dorthin auch die Dorfbewohner der ganzen Umgegend, die Kleiderstoff oder Hausat brauchen oder sonst etwas, was sie in ihrem Dorfe nicht bekamen.

Für Frauen und Mädchen war der Besuch des Friedens immer etwas Angenehmes und Verlockendes; er wurde stets als eine Vergnügungstour betrachtet, und wenn nur ein Grund oder ein Vorwand zu finden war, ließen sie ihn nicht vorübergehen. Alles, was die Lustigkeit oder die Begehrlichkeit reizte, lag da zur Schau; mit ihren langgesparten Groschen erstanden die Mädchen dort, was sie zu Hause erträumt hatten, und manche Hausfrau vergaß die so nötige Sparsamkeit und ließ sich verleitern, Dinge zu kaufen, die sie entbehren konnte oder die ihre Mittel überstiegen.

Manje und Emma waren auch sehr darauf erpicht und freuten sich, als sie an der Kirchenuhr saßen, daß sie noch Zeit hatten, einen Gang durch die Straßen zu machen und die Schau Fenster zu betrachten, ehe der Zug ankäme.

Der arme Teufel, den die Not bedrückt und der kein Geld in der Tasche hat, das Allernötigste zu kaufen, wird sich durch die zur Schau gestellte Pracht der Läden nicht verführen lassen; der Unblid kann ihm unbehaglich. Solange Manje mit ihren eigenen Mitteln hatte haushalten und sich den langen Sommer über nach der Decke hatte strecken müssen, hatte sie nie an ein Schaufenster zu denken gewagt, froh wie sie war, daß die Kinder ihr Bäuchlein voll bekamen; nicht mal um die Kleidung konnte sie sich kümmern, wenn die Sachen ihnen nur am Leibe hängen blieben und sie Sonntags aufständig zum Hochfest kamen; — alle Ausgaben mußten aufgehoben oder vermieden werden, bis der Vater heimkehrte.

(Fortsetzung folgt)

Der Vorstand für Zwecke des Wiederaufbaues der Mitbewirtschaftung im gemeinsamen Interesse der Verbraucher wird Erzeuger, zugute kommt. Der Vorstand muß nach erweiterter eingehender Prüfung die Gründung der Vereinigten Schleswig-Holsteinischen Meiereiverbände G. m. b. H. als den einzigen Weg anerkennen, das Geld der Provinz zu erhalten. Deshalb beschließt der Vorstand, grundsätzlich an der G. m. b. H. als solchen festzuhalten. Die Durchführung der praktischen Maßnahmen zur Förderung der Mitbewirtschaftung muß der Landwirtschaftsamt als der gesetzlichen Gesamtervertretung der Landwirtschaft und den ihr angeschlossenen Organisationen überlassen bleiben. Der Vorstand beschließt, bei der Gesellschaft dahin zu wirken, daß die Meiereischäfte möglichst vollständig der Gesamtheit der Mitbewirtschaftung zugute kommen, und daß in der Verwendung der Meiereischäfte der G. m. b. H. dem Geschäftsführer oder Geschäftsführern allein entscheidender Einfluß zusteht.

Die Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsvorstand und der Direktion ohne Hinzuziehung der Streikleitung. Die Direktion lehnte definitiv das Erlaßnen und die Durchführung der drei entlassenen Betriebsratsmitglieder ab und gab im übrigen die Bedingungen für die Wiederaufnahme des Betriebs bekannt, wonach weiter etwa 1500 Leute wegen zu geringer Leistungen nicht Wiedereinstellung nicht zu erwarten. Die Betriebsratsmitglieder lehnten diese Bedingungen ab und erklärten, daß die Arbeitslosigkeit ziemlich strenge Bedingungen an eine Beendigung des Streiks hinarbeiten. In einer Versammlung der gesamten Arbeiterchaft der Werft hat diese jedoch beschlossen, die Bedingungen nicht anzunehmen, sondern den Streik fortzusetzen, bis die Verwaltung geneigt sein würde, alle Punkte, auch die des Betriebsratsmitglieder, wieder einzustellen.

der Ausdruck der geformten Persönlichkeit, ist Kultur der lebendige Ausdruck eines Standes. Das wesentliche Schicksal der Stände wurzelt im Volkstum. Die Kultur eines Volkes wird in den verschiedenen Epochen durch diejenige Schicht bestimmt, die Trägerin der grundlegenden Arbeit ist. Auf der Entfaltung der in der Arbeiterschaft ruhenden menschlichen und volkstümlichen Kräfte beruht die Möglichkeit einer schöpferischen Volkskultur. Der dritte Referent, Lederarbeiter D. h. m. -Neumünster, bewies durch seine Ausführungen, wie recht sowohl Dr. v. Erdberg wie auch Dr. Baege und Günther mit ihren Forderungen haben. Dahin hatte sich das Spezialthema gewandt: „Warum kommen so wenig Arbeiter in die Volkshochschule?“ Er verwies die Fabel von dem Bildungshunger der Arbeiter dahin, wozu sie gehöre. Weder im Bürgerum noch in der Arbeiterschaft gebe es einen solchen Hunger, wohl aber einen Bildungsappetit. Daß der Bildungshunger nicht vorhanden sei, sei in erster Linie Schuld der Schule, die früher systematisch solche Regungen erlöste habe. Wenn der Arbeiter merke, daß an der Spitze einer Volkshochschule ein Mann stehe, der mit den Militärs durch die und dünn gegangen sei oder gar heute noch gehe, so könne man von ihm in solchem Maße nicht Liebe zu einer solchen Volkshochschule erwarten. Die Arbeiter hätten ein sehr starkes berechtigtes Interesse an einem Aufblühen der Volkshochschule, sofern ihr das Mitbestimmungsrecht und damit die Gewähr gegeben sei, daß im Sinne wirklicher Arbeiterbildung Volkshochschularbeit geleistet werde. Wenn die bisherigen Hemmungen nicht zurückgewiesen werden, die Kultur in eine bürgerliche und in eine proletarische zerfallen; das Ziel aber müsse eine einheitliche Volkskultur sein, eine Kultur, die neu zu schaffen sei. Der Redner formulierte folgende Leitsätze: Der Bildungshunger der Massen ist nicht in dem Maße vorhanden, wie man gemeinhin annimmt. Es ist eine wichtige Aufgabe der Volkshochschule, diesen Hunger zu wecken. Diese Aufgabe kann sie nur in Verbindung mit dem Volkshochschulwesen lösen. Die Volkshochschule ist berufen, an dem Neuaufbau unserer Kultur mitzuwirken.

Die Nordische Woche.

Tagung Deutscher Volkshochschulen in Lübeck

Die Leitung der „Nordischen Woche“ hatte sich den Anregungen des Vortragsausschusses, auch das Volkshochschulwesen in den Kreisen der Nordische Woche einzubringen, nicht entzogen; besteht doch gerade in diesem neuesten und besonders wichtigen Zweige der Volkshochschularbeit und damit in einer äußerst bedeutenden Kulturangelegenheit eine Verbindung von nicht zu unterschätzendem Werte zwischen dem Norden und Deutschland. Als Redner waren gewonnen worden der dänische Volkshochschulmann Frederik Schröder aus Århus und der Ministerialreferent im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Robert v. Erdberg. Der Vortrag Schröders über „das dänische Volkshochschulwesen“ und derjenige Erdbergs über „die Grundlinien des deutschen Volkshochschulwesens“ waren sowohl inhaltlich wie in der Form grundverschieden, ja, in vielen Stücken direkte Gegensätze. Der junge Däne sprach mit Feuer und Bekanntheit, der abgeklärte Deutsche dagegen mit einem in Anbetracht des Gegenstandes fast besprechlichen, nach beider stöcker Ruhe hinwandelnden Stimmfall, der gleichwohl die gut besetzte Versammlung in Atem zu halten wußte. Der dänische Redner hatte leichteres Spiel als der deutsche: Dänemarks Volkshochschule, deren Typ der Theologe und Volksmann Grundtvig geschaffen hatte, ist fast lediglich die ländliche, die Bauernvolkshochschule, die Heimvolkshochschule. Die Persönlichkeit des Gründers und ihr ländlicher Charakter gaben dieser Volkshochschule ihr natürliches Gepräge: das Bäuerliche, die Einstellung auf fast ausschließlich junge Leute als Hörer, die Lebensgemeinschaft, der christliche, soziale und nationale Einschlag; auf die bei den Deutschen so beliebten Untersuchungen über die Grundlagen und Methoden der Volkshochschule gerbrachten sich die Dänen nicht an. Die Kulturgrundlagen sollen den Volksgenossen in Dänemark vorzüglich in denjenigen Jahren gegeben werden, in denen sie für die Weidung idealer Kräfte, welche die Wege zu Lebenswerten ebnen, am empfänglichsten sind, etwa im 18. oder 19. Lebensjahre. Der nationale Zusammenbruch vom Jahre 1864 hatte den äußeren Anstoß zur Gründung der dänischen Volkshochschule gegeben; das breite Volk verlangte nach umfassender und vertiefter Bildung. Die Voraussetzung aber waren damals noch wesentlich einfachere als heute bei uns in Deutschland. Heute gibt es auch in Dänemark außer den neutralen, auch solche Volkshochschulen, die auf eine bestimmte Weltanschauung aufgebaut sind. Auch die städtische Volkshochschule beginnt sich in Kopenhagen zu entwickeln. Die Norm aber sind diese Volkshochschulen nicht. Mit der einfachen Form der dänischen Volkshochschule konnte Deutschland 1918 nicht allzuviel anfangen. Wohl werden wir, wie der zweite Redner ausführte, vorzeffliche Gedanken Grundtvigs auch bei uns in Deutschland fruchtbringend verwerten können, aber die deutsche Volkshochschule ist und muß angebaut sein auf einer breiteren und z. T. wesentlich anders gearteten Basis. Die Einheit, mit der die dänische Volkshochschule 1864 rechnen durfte, bestand in Deutschland 1918, wie wir wissen nicht; Klassenunterschiede, die wirtschaftlich bedingt sind und über deren Vorhandensein keine Schöndemerei hinwegkommen könne, sowie kulturelle Fragen wie der Gegensatz zwischen Protestanten und Katholiken zeigen, daß bei uns ganz andere Schwierigkeiten vorliegen als in Dänemark. Mit einer äußeren Verflechtung sei nichts gewonnen, helfen könne nur klare sachliche Ausprägung in Volkshochschularbeitsgemeinschaften ohne Profiteure, eine gegenseitiges Achten des gegenseitigen Standpunktes, eine richtige soziologische Auffassung, Auscheidung nationalitätlicher Einseitigkeit und vor allem: die geeignete Form der Zusammenarbeit, die nicht Einseitig-Rechnende und Einseitig-Gebende kenne, sondern in der Führer und Geführte gegenseitig von einander lernen. Die wichtigste Frage aber sei die richtige Lehrermittelwahl. Wer sich nicht innerlich auseinanderzusetzen habe mit der Umwälzung, taugt nicht zum Volkshochschullehrer. In diesem eifrigen Bemühen solcher Arbeitsgemeinschaften, die in den großen Städten schon aus wirtschaftlichen Gründen fast ausnahmslos keine Heimvolkshochschulen sein können, sollen die überkommenen Kulturgüter einer Neuprüfung daraufhin unterzogen werden, was von ihnen auch für den heutigen Menschen noch bleibenden Wert behalten habe. So werde eine neue Kultur durch die Volkshochschule mit aufgebaut werden. Hierin liege die besondere Mission der deutschen Volkshochschule, eine Mission, die nicht für die Welt Reider, langanhaltender Beifall wurde beiden Rednern, besonders dem zweiten, spendend.

Im Anschluß an diese beiden Vorträge der „Nordischen Woche“ hatte der Verwaltungsausschuß unserer Volkshochschule die erste allgemeine deutsche Volkshochschultagung zusammengekommen. Aus allen Teilen des Reiches von Ost und West, Süd und Nord waren etwa 120 Vertreter entsandt worden, zu denen sich noch etwa 130 Kongreßteilnehmer aus Lübeck selbst gesellten. Die Tagung wurde von Dr. Dr. Möbusz mit einer Ansprache, die der Bestimmung der Zusammenkunft galt, eröffnet. Namens des Senates begrüßte Senator Bromme die Versammlung. Die Oberhulbebehörde entbot durch den Landesökonom Prof. Dr. W. B. Graumann ihre Grüße. Der Direktor der Stadtbibliothek Dr. P. B. B. dankte den Volkshochschulen für die bereitwillige Ueberlassung ihrer Druckmaschinen, die es ihm ermöglicht habe, mit der Tagung eine Ausstellung von Volkshochschul-Literatur zu verbinden, die nicht nur die wesentlichen Schriften der Volkshochschulliteratur sondern auch die Veröffentlichungen der Volkshochschulen selbst umfasse. Mit dieser Ausstellung sei eine Verkaufsausschreibung verbunden worden; auch die Hauptausstellung der Stadtbibliothek in der Katharinenstraße werde gerade in diesem Kreise viele Freunde finden.

Die Tagung war eingeteilt auf die vier bedeutsamen Fragen: Arbeitsbereich der Volkshochschule, Volkshochschule und Arbeiterschaft, die ländliche Volkshochschule und endlich: Zusammenfassung der deutschen Volkshochschulen. Als bedeutsamer Redner zu dem ersten Thema „Arbeitsbereich der Volkshochschule“ sprach der Unterstaatssekretär Dr. Prof. Dr. Baege, Leiter der Volkshochschule Kärnten. Seine von Schatzmeister getragenen Ausführungen waren besonders auf die pädagogische Aufgabe der Volkshochschule eingeleitet. Er wies vornehmlich die Annahme zurück, daß die Volkshochschule eine Stätte der Unterhaltung sein dürfe, sie sei der geistigen Arbeit gewidmet. In ihr sollen die grundlegenden Gedanken der Wissenschaft allen vermittelt, aber nicht Fachkenntnis übertragen werden. Das letztere Problem sei das Lehner- und das Hörerproblem. Die Zurückhaltung seitens der Arbeiter, die gegenüber der Volkshochschule an vielen Orten zu beobachten sei, beruhe letzten Endes darauf, daß sich die Volkshochschule dort noch nicht richtig auf die Frage des Arbeiters eingestellt habe. Alle

unerschöpflichen Stoffe seien aus dem Lehrplan auszuschneiden, fort mit dem Alexandrinium, das uns die Arbeiter aus dem Hause treibt! Die Heranbildung richtiger Volkshochschullehrer sei deshalb die dringende Aufgabe. Die Umstellung in den Bildungsgebieten aber kommt nicht über Nacht, sie bedarf einer systematischen Erziehungsarbeit vor allem an den Lehrern selbst. So lange wir diese nicht erfolgreich geleistet haben, werden wir mit Uebergängen zu rechnen haben und gleichwohl nicht das hohe Ziel zu erreichen. Erringen werden wir den Sieg um so eher, je tatkräftiger die Arbeiterschaft selber mitarbeitet. Die gehaltenen Ausführungen, die mit sehr starkem Beifall aufgenommen wurden, sagte der Redner in folgenden Leitsätzen zusammen:

Volkshochbildung ist nicht Selbstzweck, sondern dient den Bedürfnissen des individuellen und sozialen Lebens. Die pädagogische Aufgabe der Volkshochschule ist deshalb: lebenweden, lebensfördernd und lebensfruchtbar zu wirken. Die Volkshochschule soll eine Schule bewusster Lebensgestaltung und praktischer Lebensweisheit sein. Diese Aufgabe sucht sie (in intellektueller Hinsicht) zu erreichen durch systematische Geistesbildung des Individuums, und zwar a) durch Entwidlung und Förderung der geistigen Selbstständigkeit, vor allem der Fähigkeit zu klarem und sachlichem Denken und zu eigener Urteilsbildung und b) durch systematische Einführung in das Verständnis des menschlichen Gemeinschaftslebens. Ihr Bildungsziel ist der klar und sachlich denkende Mensch, der mit Bewußtsein und Verständnis an den Gemeinschafts- und Kulturaufgaben seiner Zeit und seines Lebenslaufes teilzunehmen fähig ist.

Als Korreferenten sprachen zum ersten Thema die Herren Dr. Lewin, Leiter der Berliner Lessing-Hochschule, und der Leiter des Volksbildungsamtes Keine Studienrat F. Finger. Der erste der beiden Korreferenten, der eine „Volkshochschule“ vertritt, die nach den alten überholten Methoden der vorrevolutionären Zeit arbeitet und daher von der neuen wirklichen Volkshochschule abgelehnt wird, stellte keine Ausführungen auf das Sonderthema „Volkshochschule und Großstadtpublikum“ ein, und sagte seine Ausführungen dahin zusammen: „Die Bezeichnung „Volkshochschule“ ist mehrdeutig, entsprechend der verschiedenen Auffassung des Begriffes „Volk“: einmal ausschließlich im Sinne von Proletariat, insbesondere seit der Umwälzung; zum andern unter Einbeziehung aller Volksschichten, also auch der „Gebildeten“. Das Problem liegt sich in der Großstadt-Volkshochschule zu, da das Großstadtpublikum besonders prekär ist. Es ist also eine schärfere terminologische und sachliche Trennung notwendig, einmal damit für das „Volk“ im engeren Sinne nicht wieder der überlebte Bildungswelt aufgeschaut wird, der den besonderen Bedürfnissen der neu empordringenden Schichten nicht gerecht wird; zum andern damit auch für die „Gebildeten“ eine Volkshochschulbildung als berechtigt anerkannt wird, die aber naturgemäß andere Inhalte und Formen verlangt.“ — Die von dem Referenten vertretene „Volkshochschule“ wendet sich in erster Linie an Berlin W.

In der Diskussion fand der einseitige Standpunkt des Referenten lebhafteste Ablehnung. Noch stärker war die Ablehnung teilweise gegenüber dem zweiten Korreferenten, der seine unter nationalitätlicher Phrasologie stehenden Ausführungen in folgenden Thesen zusammenfaßte:

Die Volkshochschule erstreckt sich in erster Linie auf Arbeiter, Handwerker und Bauern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, ohne andere Volksschichten auszuschließen. Es besteht keine Trennung der Bildungsmöglichkeiten nach Volksschichten. Der Hörer ist unter Ausschluß allen Bildungswertes zu einem sittlich reifen, denkenden Menschen, zu einem echten Deutschen und zu einem rechtschaffenem Arbeiter zu bilden. Notwendige Stammfächer der Volkshochschule sind: Philosophie mit Ethik, Psychologie und Aesthetik, Staats- und Bürgerkunde, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Betriebslehre. Vorträge aus anderen Wissenschaften werden nur auf Wunsch veranstaltet. Vorläufige Lernfächer sind Deutsch, Rechnen und Buchführung, nach Bedarf auch fremde Sprachen. Einfacher, volkstümlicher Vortrag, Arbeitsgemeinschaft, philosophische Behandlung und Gewöhnung des Hörers an selbstständiges geistiges Arbeiten sind die methodischen Grundlagen der Volkshochschularbeit. Die Phrasologie des Redners wurde von Dr. Brenner-Grangenen einer scharfen scharfen Kritik unterzogen.

Für den Nachmittag stand das zweite und besonders wichtige Thema „Volkshochschule und Arbeiterschaft“ auf der Tagesordnung. Als Redner für dieses Thema waren ein Arbeitergeber und Mitglied unseres Volkshochschul-Verwaltungsausschusses, ein Volkshochschulleiter und ein Arbeiter vorgesehen; alle drei Standpunkte konnten also zur Darstellung gelangen. Das erste Referat erhaltete Herr Baurat Dr. Fischer-Lübeck. Er betonte vornehmlich, daß er kein Pädagoge sei, sondern als ein Mann hier spreche, der mit den Arbeitern lebe und sie zu kennen glaube. Er erinnerte besonders an die geistigen Schwierigkeiten, die heute die Betriebsseite haben, an die sonstigen besonderen Bildungsschwierigkeiten, die sich auf Schritt und Tritt zeigen und die im Interesse sowohl der Arbeiter wie der Wirtschaft beseitigt werden müssen. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Leitsätzen: Die Neugestaltung der Verhältnisse hat auch den Arbeiter vor neue Aufgaben gestellt. Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens verlangt hochwertige Arbeit, die nur von genügend vorgebildeten Arbeitern geleistet werden kann. Die Mitarbeit in Staat und Gemeinde, vor allem die Durchführung des Betriebsrätegesetzes setzen Kenntnisse voraus, die dem Arbeiter fehlen, da weder die einfache Volkshochschule, aus der er hervorgegangen ist, noch die aus Arbeiterkreisen selbst geschaffenen Bildungsanstaltungen diese vermitteln können. Die Aufgabe, dem Arbeiter eine solche Bildung zu vermitteln, fällt der Volkshochschule zu, die zweckentsprechend mit der Betriebslehre zu verbinden ist. Die Fortbildung der Arbeiter gibt dem Arbeiter die Möglichkeit, sich Bildung zu erwerben. Die Arbeiterverbände müssen tatkräftig mitwirken, um möglichst viele ihrer Mitglieder zu veranlassen, daß sie von den Bildungsangelegenheiten der Volkshochschule Gebrauch machen. Um ihre Aufgabe erfüllen zu können, muß die Volkshochschule den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht einräumen. Diefen von überwiegend praktischer, wirtschaftlicher Gesichtspunkten aus erhaltenden Referat folgte das Korreferat des Leiters der Hamburgener Volkshochschule, G. Günther, über „Die Arbeiterschaft und die Volkshochschule im Rahmen der Volkshochschule.“ Der Redner ging von dem richtigen Gesichtspunkte aus, indem er die geistige Struktur des Arbeiters zur Grundlage seiner von seinem Verständnis und hoher Liebe zur Arbeiterbildung getragenen Ausführungen machte: Bildung ist die tiefe und harmonische Entfaltung der ursprünglichen inneren Kräfte der gesamten Persönlichkeit. Bildung ist die Form, in der der Einzelne an der Kultur seiner Zeit mitwirkend teilnimmt. Die Volkshochschule ist die Bildungshilfe. Ihre Arbeit dient nicht dem Wissen, sondern dem Leben. Sie liegt im Dienste der Lebensgestaltung. Die Bildung

Ueber die ländliche Volkshochschule referierte alsdann der Direktor der Heimvolkshochschule Mobertrich-Osterholz, Harms; er kritisierte zunächst, daß der ländlichen Volkshochschule nur so wenige Verhandlungsstunden auf dieser Tagung zugewiesen seien; ein Vorwurf, der vom Vorsitzenden mit Recht als unbegründet zurückgewiesen wurde. Redner gab dann ein Bild von seiner Arbeit in seinem Volkshochschulheim, das früher drei oder fünf Monate und jetzt sogar ein ganzes Jahr junge Menschen zu einer Lebensgemeinschaft zusammenfaßt; sie bildeten eine Familie mit ihren Lehrern; es sei eine ausgesprochene Bauernhochschule von etwa 40 Schülern oder Schülerinnen, 92 Prozent der Schülerinnen seien Bauerntöchter. Seine Volkshochschule trete dem Schlagwort entgegen und der Gewinnsucht, sie wolle keine städtische, sondern bäuerliche Kultur. Im Mittelpunkt müßten Heimat und Vaterlandsliebe stehen.

Herr Dr. Bernhardt aus Lübeck glaubte langatmige wissenschaftliche deutschphilosophische Erklärungen über seine Idee von der Bauernhochschule geben zu sollen; er lernte sehr bald mit seinen Ausführungen die Wände und erhielt die passende Antwort.

In der Diskussion nahmen u. a. das Wort Studienrat Dr. Sievers-Glogau, Rektor Hennigsen-Kendzburg, Ministerialreferent Reinke-Blom, der sowohl städtische wie ländliche Volkshochschulen forderte, und Dr. Rosenberger-Dresden, der mit seinen Ausführungen über das von ihm dort geleistete militärische Bildungswesen bewies, wie wenig er und seine Kreise von dem Hauptwirklicher Bildungsarbeit verspürt haben und wie sehr das militärische Bildungswesen zu reformieren ist.

Der letzte Punkt der Tagung war eine Beratung über eine passende Form des Zusammenchlusses der deutschen Volkshochschulen. Schulrat Otto aus Stade und Dr. Dr. Möbusz Lübeck referierten über diese organisatorische Frage, die eine außerordentlich lebhafteste Debatte hervorrief und schließlich zu einem geeigneten Resultate führte. Beide Referenten hatten einen Zusammenfluß unter Wahrung der Freiheiten der einzelnen Volkshochschulen empfohlen. Dr. Dr. Möbusz hatte dazu folgende Thesen zur Beratung gestellt: 1. Dem deutschen Volkshochschulwesen droht die Gefahr der Zerpflückung, die sich in der Gründung verschiedener Landes- oder Landschafts- sowie Weltanschauungsverbände anbahnt, neben denen zahlreiche Volkshochschulen ganz vereinzelt dastehen. 2. Durch das zusammenhanglose Nebeneinander- oder Gegeneinanderarbeiten wird die Stoffkraft des Volkshochschulgedankens geschwächt, der Bestand vieler Volkshochschulen gefährdet. 3. Daher ist die Zusammenfassung aller Volkshochschulen in einem starken Verbandsverbande notwendig. 4. Dieser Verband soll, ohne die landschaftliche oder örtliche Eigenart der einzelnen Volkshochschulen zu beeinträchtigen, die Grund- und Richtlinien der deutschen Volkshochschule herausarbeiten und eine gewisse Einheitlichkeit anstreben, statische Unterlagen über die Volkshochschulbewegung schaffen, einen Schriftenaustausch vermitteln, gemeinsame Tagungen anberaumen und vorbereiten und dgl. m. 5. Zur Anbahnung eines deutschen Volkshochschulverbandes wird ein Arbeitsauschuß eingesetzt, der der nächsten Volkshochschultagung einen Sachungsentwurf vorzulegen hat. 6. Zur Deckung der Kosten zahlen alle Volkshochschulen, die sich anschließen, einen Beitrag von 20 Mk.

In der scharf aber sachlich geführten Debatte, deren Streit und Widerstreit so recht bewies, wie vielgestaltig unser Volkshochschulwesen ist, und die manche sachlich neuen Gesichtspunkte noch aufdeckte, empfehlen Syndikus Bedel-Wülfchen und Dr. Brenner-Erlangen, sich mit der Einsetzung eines Arbeitsauschusses zu begnügen, der als ein Prüfungsausschuß für alle einschlägigen Fragen, für die Vorbereitung weiterer Schritte und des nächstjährigen Kongresses zuständig erklärt werden solle. Der Präses der Bürgerchaft Hamburgs, Roh, schloß sich dem an und verwirft einen festen ständigen Zusammenfluß schon deshalb, weil eine unüberbrückbare Kluft ihn z. B. von dem Standpunkte Dr. Bernhardt trenne. Senator Bromme empfiehlt eine wirtschaftliche Zentralstelle, die gleichzeitig dem Gebanenaustausch dienen könne. Dr. Harms und die Herren Finger und Sievers unterstützten den obigen Vermittlungsantrag Dr. Brenners. Eine Resolution, in der in nicht sehr glücklicher Form eine Zusammenfassung der einzelnen Teilergebnisse versucht wurde, lehnte die Versammlung gemäß dem Gegenantrag des Dr. Dr. P. B. B. ab. In die für die weitere gemeinsame Arbeit der deutschen Volkshochschulen zuständige Kommission wurden gewählt: Schulrat Otto, Bibliotheksdir. Dr. P. B. B., Dr. Dr. Möbusz, Dr. Brenner-Erlangen, Finger-Beine, Dir. Harms-Mobertrich-Osterholz, Lederarbeiter D. h. m. Als nächstjähriger Tagungsort wurde am Abend, der im Schabbelhause nach einer gemeinsamen Travenmünder Fahrt fröhlich begangen wurde, ein süddeutscher Ort in Aussicht genommen. Ein lebhaftes Interesse und damit die feste Stütze zeigte diese erste Tagung deutscher Volkshochschulen, die als ein harter Gewinn für unser Volkshochschulwesen zu buchen ist.

Die starken idealen Werte der Volkshochschularbeit für die Gesundung unseres Volkes, für die Entwicklung und Förderung der geistigen Selbstständigkeit des Einzelnen und für das Verständnis des menschlichen Gemeinschaftslebens gaben dieser Tagung ihren besonderen Charakter bei mancher Gegensätzlichkeit, die auszureichen die Bekenner des Gemeinschaftsgeistes als ihre selbstverständliche Pflicht erkannten. Die scheinbaren Gegensätze zwischen Süd und Nord unseres Vaterlandes führte Dr. Brenner in der Schlussrede, die am Montagabend die Teilnehmer im Schabbelhause vereinte, in einer warmherzigen, geistvollen Ansprache, in der er den norddeutschen Brüdern bewundernd die Bruderhand reichte, auf sehr natürliche Bedingtheit zurück. Den Dank der deutschen Volkshochschulen an den Vertreter der dänischen Volkshochschule sprach Dr. Dr. P. B. B. aus. Herr W. B. B. erfreute die Gäste durch den Vortrag launiger Lautenlieder. Dr. Dr. Möbusz zog das Schlusssatz aus den lebendigen Verhandlungen der bedeutsamen Tagung, die in ihren Hauptreferaten selbst solchen Leuten, die obenhin über „Kulturgefühl“ zu reden und zu schreiben sich gemühtig fühlten, die Augen zu öffnen geeignet waren. Den so zahlreich aus allen Teilen Deutschlands, aus Schweden und Dänemark erschienenen Teilnehmern der Konferenz galten die Abschiedsworte des Senators Bromme.

Die Fehmarnbahnlinie.

Aber dieses Projekt hielt am Dienstag vormittag im großen Saale der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten Herr Professor Munch-Petersen aus Kopenhagen einen Vortrag, der durch zahlreiche Lichtbilder ergänzt wurde. Senator Dimpfer begrüßte in seiner Ansprache die zahlreich erschienenen, besonders aber die fremden Gäste aus Schweden, Dänemark usw. Er ging dann kurz auf die zur Verhandlung stehende Frage ein. Schon im Jahre 1865 ist dieses Projekt angeregt worden, gewann aber noch keine feste Gestalt. Später wurde der Gedanke wieder neubelebt, und so wurde 1910 das Fehmarnbahn-Komitee in Deutschland und Kopenhagen gegründet. Da aber der preussische Eisenbahnminister ein Gegner der Fehmarnlinie war, scheiterten die Pläne. 1913 entstand ein anderes Komitee, das von 27 deutschen Handelskammern unterstützt wurde. Trozdem wurde am 16. Mai 1914 im preussischen Parlament mit ganz geringer Mehrheit über die Frage zur Tagesordnung übergegangen. In Dänemark hat man trotzdem nach wie vor mit voller Energie die Sache weiter verfolgt, und so fand in Kopenhagen am 9. Oktober 1919 eine Sitzung des gesamten Komitees statt. Für die Durchführung der Fehmarnlinie, wofür ganz besonders der verstorbene Senator Böschl eingetreten sei, müsse heute mehr denn je gewirkt werden.

Darauf nahm Professor Munch-Petersen das Wort. Er schilderte zunächst die Bedeutung der Verkehrsverhältnisse im allgemeinen und ging dann auf die Fehmarnlinie im besonderen ein. Berechnungen und Vergleiche mit den drei bestehenden Linien, Warnemünde, Sahnitz und Kiel, zeigten den großen Vorteil der geplanten Linie, welche die kürzeste ist und somit die schnellste Verbindung mit Kopenhagen und den nordischen Ländern bringt. Kopenhagen wird von Lübeck in 4 1/2 Stunden und von Hamburg in 5 1/2 Stunden zu erreichen sein. Da gegenwärtig die Reise 9 1/2 Stunden dauert, so ist der große Vorteil ohne weiteres ersichtlich. Hamburger und Lübecker Kaufleute könnten künftig in einem Tage ihre Geschäfte in Kopenhagen erledigen, wozu sie heute mindestens die doppelte Zeit gebrauchen. Die Fehmarnlinie sei aber nicht nur für die nächstliegenden Länder, sondern fast für ganz Europa von großer Wichtigkeit. Die Hauptstädte der südeuropäischen Länder werden dadurch mit dem Norden auf dem kürzesten Schienenweg verbunden. Dazu kommt, daß auch in den nordischen Ländern neue Bahnprojekte zur Verwirklichung des die Hansestädte verbindenden Schienenweges aufgetaucht sind, wodurch es möglich wird, den äußersten Norden mit dem Süden durch einen geraden Schienenstrang zu verbinden. Für alle diese Verbindungen sei die Fehmarnlinie von größter Bedeutung, da sie den Weg erheblich abkürzt. Die Konkurrenz, die die anderen drei Linien, die mit uns Dänemark verbinden, fürchten, könne nicht ausschlaggebend für die Sache sein. Mehrere würde der Verkehr auf den bestehenden Linien nur vorübergehend einen Rückgang erfahren; der bald wieder ausgeglichen sein dürfte. Die Fehmarnlinie habe gegen alle andern auch den Vorzug, daß sie den kürzesten Wasserweg (Fehmarnsund) habe und somit störenden Eis- und Witterungsverhältnissen am wenigsten ausgesetzt ist. Der Redner trat zum Schluß warm für das neue Projekt ein, das den Verkehr erheblich heben und kulturfördernd wirken soll. (Lebhafter Beifall.)

Die Ausführungen wurden von Herrn Dr. Leuckfeld, Hamburg, in einem zweiten Vortrag wirkungsvoll unterstützt. Dieser Herr trat noch besonders für die Verbesserung der bestehenden Verkehrsverhältnisse zwischen Fehmarn und Schleswig-Holstein ein.

Das Deutsche Fehmarn-Komitee nahm im Anschluß an Vorträge von Professor Munch-Petersen, Kopenhagen, und Handelskammerpräsident Dr. Leuckfeld, Hamburg, über die technische Seite und die wirtschaftliche Bedeutung der Fehmarnbahnlinie einstimmig folgende Entschlüsse an: Die im Deutschen Fehmarn-Komitee vereinigten Handelskammern und sonstigen wirtschaftlichen Kreise aus West-, Süd-, Mittel- und Norddeutschland geben in ihrer ersten Nachkriegstagung, in Anwesenheit von Vertretern des Dänischen Fehmarnbahn-Komitees, erneut der Überzeugung Ausdruck, daß die deutsch-nordische Weltlinie Hamburg - Lübeck - Fehmarn - Lolland - Kopenhagen die unbefristet beste, weil sie die weitest kürzeste und bequemste Verbindung zwischen dem ganzen deutschen und europäischen Westen und den drei skandinavischen Ländern und Finkland darstellt. Die Umgestaltung der Außenhandelsbeziehungen Deutschlands seit dem Kriege, welche die Bedeutung

des europäischen Nordens und Ostens für Deutschland noch gesteigert hat, macht den Ausbau dieses Verkehrsnetzes heute noch dringlicher als früher. Die Verwirklichung des Planes ist daher trotz allen Schwierigkeiten, welche die derzeitige finanzielle Lage Deutschlands und Dänemarks dem Bau der Linie zurzeit bereiten, als eine verkehrswirtschaftliche Notwendigkeit von hervorragender Bedeutung zu bezeichnen. Aus diesem Grunde sind zunächst bei der gegenwärtigen Baupolitik der Reichsbahnen alle Maßnahmen zu vermeiden, welche dem späteren Ausbau der „Vogelfluglinie“ vom Westen nach dem Norden hinderlich sein können; das trifft gegenwärtig in erster Reihe in bezug auf den Bahnbau Schwartau-Neuland i. S. und die Verbesserung der Verbindung der Insel Fehmarn mit dem Festlande zu. Die baldige Durchführung des großen Fehmarnbahnplanes ist von allen beteiligten Kreisen mit vollem Nachdruck weiter zu verfolgen.

Gewerkschaften.

Einigung der Metallarbeiter in Halle. Der gegenwärtige Streik der hiesigen Metallarbeiter hat die erfreuliche Folge einer Wiedervereinigung im Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsgruppe Halle, erzielt. Heute wird in der hiesigen sozialistischen Presse das Ergebnis der Wiedervereinigungsverhandlungen zwischen den beiden Gruppen mit den Bedingungen der Wiederaufnahme der abgespaltener Mitglieder in den Deutschen Metallarbeiterverband veröffentlicht. Zugleich damit gibt die bisherige Verwaltung des abgespaltener Teiles in einer besonderen Erklärung ihre Zustimmung zu diesen Aufnahmebedingungen und die Schließung der Verwaltungsstelle Leichenfeldstraße bekannt. Somit ist eine ebenso unheimliche wie das Verhandlungsleben schädigende Episode zu einem glücklichen Abschluß gebracht worden.

Streik auf der Zeche Sälzerneumad. Aus Essen wird berichtet: Die Zechenverwaltung Sälzerneumad hatte einige Zechenschmiede bestraft, weil diese ohne Erlaubnis am Mittwoch ihren Arbeitsplatz verlassen hatten, um an der Kundgebung der sozialdemokratischen Parteien teilzunehmen. Wegen dieser Bestrafung ist die Belegschaft der Zeche am Freitag nachmittag in den Streik getreten. Die Belegschaft sowie die Gewerkschaften verlangten die Aufhebung der Bestrafung, was aber von der Verwaltung abgelehnt wurde. Ein Anbieten des Reichskommissars Delsch, den Streik durch einen Schiedspruch unter der Bedingung, daß beide Parteien sich unterwerfen würden und daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen würde, zu schließen, wurde von der Zechenverwaltung angenommen, aber von der Betriebsversammlung abgelehnt. Der Streik geht weiter und von der Belegschaft wird sogar mit einem Uebergreifen des Streiks auf andere Zechen gedroht.

Aus aller Welt.

Inflamer Traid einer Taschendiebesbande. Aus Dresden wird gemeldet: Am Sonntag nachmittag arbeiteten Taschendiebe in Dresden mit einem inflamen Traid im Zoologischen Garten, der mit etwa 25 000 Besuchern besetzt war. Die Taschendiebe riefen plötzlich: Der Löwe ist los!, worauf sich eine unbeschreibliche Panik entwickelte. Während der Panik gelang es den Schwindlern, gute Beute zu machen. Viele Portemonnaies, Damentaschen, Uhren und Ketten sind ihnen in die Hände gefallen. Auch haben viele Personen Verletzungen davongetragen.

Die Ruhrpestepidemie in Mitteldeutschland. In den Kreisen Dornbach, Salzgitter und Meiningen ist seit einigen Wochen eine sich immer weiter ausbreitende Ruhrpestepidemie mit zahlreichen Todesopfern ausgebrochen. In Tiefenort allein sind bereits 35 Personen gestorben. Das örtliche Seuchenlazarett ist überfüllt; 300 Personen sind unter meist furchtbaren Schmerzen erkrankt. Sämtliche Schulen sind geschlossen, Märkte, Messen und Tanzlustbarkeiten bedürfen an Orten mit Ruhrerkrankungen besonderer Genehmigung seitens der Behörden. Die Regierung hat einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung und Beschränkung der Epidemie getroffen.

Ein unverbrennbares Flugzeug. Auf dem Flugplatz Hendon (England) wurde ein Versuch mit einer neuen Erfindung un-

genommen, um Flugzeuge unverbrennbar zu machen. Ein mit diesem Metall behandeltes Flugzeug wurde in größerer Höhe aufgelassen, wo der Führer den Apparat in Brand steckte. Zu diesem Zweck waren große Baumwollballen mit Petroleum durchtränkt an den Tragflächen des Apparates befestigt worden. Auch die Kleidung des Führers war aus dem neu erfundenen Material hergestellt. Während das Flugzeug sich senkte, wurde die Masse vom Führer angezündet. Das Petroleum flammte sofort hell auf, indessen blieben das Flugzeug und der Führer vollständig unversehrt.

Ueberfall auf einen Bahnpolizisten. Bei Gensingen überfielen zwei Bivolisten den Postwagen des Nebenzeuges Worms-Bingen. Der beschossene Postbeamte zog die Notbremse und der Raubversuch mißglückte. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Ein schwedisches Städtchen in Brand. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Das schwedische Städtchen Wilhelmstad feiert Sonntag abend 7 Uhr in Brand. Bisher sind über 50 Wohnhäuser abgebrannt. Der ganze südliche Teil der Stadt scheint der Vernichtung preisgegeben zu sein, dagegen hofft man den nördlichen Teil zu retten. Mehr als hundert Familien sind obdachlos.

Im Schneesturm umgekommen. Der Wiener Kriminalinspektor Viktor Maar und dessen Frau sind bei einer Tour in den Tauern von einem Schneesturm überrascht worden und haben durch Erfrieren den Tod gefunden.

Explosion eines amerikanischen Arsenal. Die Chicago Tribune meldet aus Baltimore die Explosion des Edgwood-Arsenals, das u. a. 100 000 Granaten und große Mengen phosphorhaltigen Materials enthält.

200 000 Menschen im Erdbeben umgekommen. Aus Peking wird gemeldet: Laut einem offiziellen Bericht sind bei einem Erdbeben in Kan Su 200 000 Personen ums Leben gekommen. Die Häuser in einem Gebiet von 75 Quadratmeilen sind vernichtet.

Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie. Marconi kündigte in der letzten Jahresversammlung der Marconi-Gesellschaft die dieser Lage abgefahren wurde, neue Verbesserungen der drahtlosen Telegraphie von höchster Wichtigkeit an. Er glaubt, daß die Schwierigkeiten, die sich durch natürliche elektrische Störungen und das Dazwischentreten von Wellen anderer drahtloser Stationen ergeben, jetzt überwunden sind. Er hat persönlich neue Apparate längere Zeit geprüft und schreibt den Ergebnissen, die er in den letzten Wochen damit erzielt hat, größte Bedeutung zu. Die neuen Einrichtungen ermöglichen nicht nur, daß die drahtlose Verbindung unter Bedingungen ausgeführt wird, die sie früher unmöglich machten, sondern sie gestatten auch eine sehr beträchtliche Erhöhung der Schnelligkeit und Genauigkeit der Uebermittlung. In der drahtlosen Telephonie sind sowohl für kurze als auch für lange Entfernungen beträchtliche Fortschritte erzielt. Marconi zweifelt nicht, daß diese neue Methode der Verbindung als ein praktisches und verlässliches System zwischen zahlreichen Orten benutzt werden kann, abgesehen von der Verbindung mit Schiffen auf hoher See. Ueber alle Teile der Welt wird sich ein Verbindungsnetz für öffentlichen und privaten Gebrauch herstellen lassen. — Schon in naher Zukunft hofft man, einen Telephondienst mit verschiedenen fernen Ländern einzurichten, und selbst die drahtlose Telegraphie mit Australien liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit.

Briefkasten.

D. I., Dvondorf. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir die Herkunft der Münze durch bloße Beschreibung feststellen können. Wenden Sie sich an Herrn Dr. Weber in der Stadtbibliothek. Er ist zu sprechen vormittags zwischen 10 und 1 Uhr; Montags, Dienstags und Donnerstags auch von 5-7 Uhr nachmittags. — Die beigelegte Mark haben wir der Kinderpenne überwiesen.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife

Lübeckische Grundsteuer.

Steuerpflichtige, die einen Hebezettel für Grundsteuer erhalten haben und mit Zahlung der 1. Rate für 1921 im Rückstand sind, werden mit Genehmigung des Landesfinanzamts hiermit aufgefordert, den Rückstand nunmehr innerhalb einer Woche, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, an die Finanzkasse in Lübeck, Fleischhauerstraße 20, an den Werttagen, außer Donnerstags, zwischen 8 und 12 Uhr zu entrichten oder durch Bank- oder Postcheckkonto zu überweisen, andernfalls Zwangsvollstreckung eintritt. Es liegt im Interesse des Publikums, möglichst den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu benutzen.

Lübeck, den 6. September 1921.

Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Im Monat August d. Js. sind beim Polizeiamt folgende Sachen als gefunden eingekauft bzw. angezeigt worden und bis heute nicht wieder abgefordert:

Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, 2 Herren-Jackets, 2 Nickelbrillen im Futteral, 2 Handtaschen, 2 silberne Herrenuhren, 2 grüne Herren-Filzhüte, 2 Ringe, 1 Gummiball, 1 silberne Nockenadel, 1 Paar Herren-Schnürschuhe, 1 Paar graue Strümpfe, 1 Paar Manschetten mit Knöpfen, 1 Handstock, 2 Broschen, 1 Federkasten mit Inhalt, 3 Grammophonplatten, 1 goldene Damenuhr, 1 Medaillon mit Kette, 1 Stiefelheere, 1 Paar Sandalen, 1 Paar Strümpfe, 1 Kneifer ohne Einfassung, 1 Markttasche, 1 Tennisschläger, 1 Vorstechadel, 1 goldene Brille, 1 Boot, 2 Schülermützen, 2 gold-dublee Kneifer mit Futteral. — Zugekauft mehrere Hunde.

Lübeck, d. 2. Septbr. 1921.

Das Polizeiamt.

Verkauf gesucht.

Wiedergabe 68, r.

Einfach möbliertes Zimmer für 2 Personen (Mutter und Tochter) gesucht. (6172) Angeb. u. P. R. a. d. Exp.

Das Haus Gr. Gröpelgrube 22/3 ist zu verkaufen. Näheres Steinrader Weg 47, part. I. (6185)

Gardinen 6205) An der Mauer 84, III.

Wegen Futtermangel eine junge Milchziege zu verkaufen. (6178) Kern, Herrnhurg i. Medl.

Zu tausch, gel. e. Damenrad gegen Herrenrad. (6168) Kottwitzerstr. 27 a.

Eine Partie große Ferkel und Jungfer billig zu verk. H. Stapelfeldt, Krempefeld, Allee 80. (6197)

Prima Ferkel billig zu verkaufen. (6196) F. Vagt, Schwartauer Allee 127 a.

Piano gel. Angeb. nur in Preis unter H K 9232 an die Exp. d. Blattes. (6198)

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einzige, farblich gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Anzeigern

Programm-Entwurf der S.P.D.
Ein Kommentar.
Preis Mk. 6.—
Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

1 Waggon große vollreife Thüringer Pflaumen
morgen früh 9 Uhr an der Drehbrücke.
Körbe usw. mitbringen. (6189)

Vorträge über Kochen, Braten und Backen im Rieschels Patent-Grudeherd mit Weisbleuerung (6162)
in meinem Geschäftshause täglich von 9-12 u. 3-6 Uhr.
Adolf Borgfeldt, Mühlenstr.

Reklame-Angebot:
Dieterle-Kautabak
unverküpfelt, gar. rein Kenntlich, vortz. Beize, dänische Bündel, Zwin, Nordh. Rollen und Knoten. (6168)
Stück nur Mk. 1.70.
Außerst günstige Bedingungen für Wiederverkäufer.
Kleinverkauf und Fabriklager
Zigarrenhaus Burgtor
Gr. Burgstr. 7. — Fernspr. 1049.

Schwarz-rot-goldene Schleifen
zum Preise von Mark 1.50 zu haben bei
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Lehnmahlung
Schrotten usw., auch kleine Mengen, übernimmt
Julius Böttcher
Katharinenstr. 25
6204) Fernruf 9050 u. 282.

Alle Töpferarbeiten
fachgemäß u. billigst
Adolf Borgfeldt,
Lübeck. (6165)

Streichfertige Ölfarben
Ferd. Kayser
6199) Breite Str. 81.

Ziehung 21.-28. Septbr.
Geld-Lotterie
f. d. deutsch. Gewerbeschau
600 000 Lose 25 250 Gewinne
1 Million M.
Hauptgewinne
M 150 000
M 100 000
M 50 000
2x 25 000
Lose zu 6 M. Preis 1.45 M.
überall erhältlich
A. Mollat, Berlin W9,
Bismarckstraße 4.

Die millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuhkreme

Diamantine

in bester Friedensqualität
wieder erhältlich.

Man verlange Dosen mit
eingelegtem Zettel
„Friedensware“

Hersteller **Ruel. Starcke** Melle V/H.

Mit dem heutigen Tage eröffnen wir in dem durchgebauten
„Salzspeicher-Holstentorbrücke“ für **unsere Kohlen-**
abteilung eine

Nebenstelle für Annahme von Bestellungen
auf

Brennstoffe
aller Art

(Fernspr. 8330-33).

Es bedeutet dies besonders für unsere vor dem Holstentor
wohnenden Abnehmer eine gewisse Annehmlichkeit, indem die Be-
stellungen auf dem Wege zur Stadt in unserm Nebentor vorge-
gereicht werden können.

Lübeck, den 7. September 1921. (6167)

Possehs Kohlenhandel.

Dentist H. Soltmann
staatlich geprüft (6166)
Fleischhauerstr. 4. L.
Von der Reise zurück.

**Konzerthaus
Lübeck.**
Für Sommerfeste sind der
große Garten u. S. H. noch an
einigen Sonn- u. Wochentagen
frei. Tel. 408
6169) **H. Cyrlacks.**

**Zentralverband
der Zimmerer.**
(Bezirk Lübeck).

**Mitglieder-
Versammlung**
am Donnerstag, dem 8. Septbr.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Das Ergebnis unserer
Lohnverhandlungen.
Der Vorstand.
Am Sonntag, dem 11. Septbr.
vormittags 10 Uhr

**Zahlstellen-
Versammlung**
im Gewerkschaftshaus.
D. D.

**Allgemeiner Deutscher
Gewerkschaftsbund.**
Ortsausschuß
Schwartau-Rensefeld.

**Achtung!
Betriebsräte!**
Sitzung
sämtlicher Betriebsräte
von Schwartau-Rensefeld u. Umg.
am Donnerstag, 8. Sept.
abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale „Transvaal“.
Erfordern ist unbedingt
erforderlich (6166)
Der Ortsausschuß.

Trocadero.
Schlüsselbuden 4.
Fernsprecher 787.
5-Uhr-Tee:
Erno-Schädel-Konzert.
Angenehmer Aufenthalt.

**HANSA-
THEATER**
8 Uhr. Täglich: 8 Uhr.
Sensationsgastspiel

Fregolla
außerdem (6174)
das einzigartige
Variété-Programm.

Stadttheater Lübeck.
Nordische Woche.
Mittwoch, 7. Sept., 6.00 Uhr
Siegfried. (6181)
Donnerst., 8. Sept., 8 Uhr
Der Riberpelz.
Freitag, 9. Sept., 7 Uhr.
Der Schatzgräber.
Sonabend, 10. Sept., 7 Uhr
Bund der Jugend.
Sonntag, 11. Sept., 6 Uhr
Die Meistersinger.

Kammerspiele des Stadttheaters.
Fünfsaulen 17/19.
Mittwoch, 7. Sept., 7.30 U.
Maria.
Donnerstag, 8. Sept., 7.30.
Flamme.
Freitag, 9. Sept., 7.30 Uhr.
Flamme.
Sonntag, 11. Sept., 7.30 Uhr
Maria.

**Wählerlisten
für die Bürgerschaftswahlen.**
(Veröffentlicht am 4. September 1921.)

Die Wählerlisten für die am 18. November 1921
stattfindenden Bürgerschaftswahlen liegen in der Zeit
vom 8. bis einschließlich 15. Sept. 1921
zur Einsicht aller Wahlberechtigten aus und zwar:

für die Wahl- bezirke ober Gemeinde- bezirke	Ort	Zeit	
		der Auslegung	
		an den Wert- tagen	am Sonntag, dem 11. Sept.
der Stadtge- meinde Lübeck (einschl. Bor- werf, Krem- pelsdorf, Fra- esdorf und Gothmund)	in der Turn- halle des Jo- hannemus (Eingang von der Straße bei St. Johannis)	von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachm. und von 3 bis 6 Uhr nach- mittags	von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags
des Stadtteils Travemünde (einschließlich Sneversdorf)	in der dortigen Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, Neustr. Nr. 3	desgleichen	desgleichen
des Stadtteils Rüdnig- Sternswart	im Polizeibüro in Rüdnig	desgleichen	desgleichen
des Stadtteils Stiens- Dänischburg	im Polizeibüro in Dänischburg	desgleichen	desgleichen
des Stadtteils Schlutup	in der dortigen amtlichen Ge- schäftsstelle Wesloer Str. 1	desgleichen	desgleichen
des Stadtteils Nolling- Gethin	in der Einwoh- nermeldestelle i. Nolling (bei d. früheren Ge- meindevorsteher Legtmeyer)	desgleichen	desgleichen
in den Land- gemeinden (mit Ausnahme von Dummersdorf)	im Hause der Gemeinde- vorsteher	von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags	
Dummersdorf	in d. Gastwirt- schaft v. August Ledenburg in Dummersdorf	desgleichen	desgleichen

Einsprüche gegen die Listen sind bis zum 1. Okto-
ber 1921 beim Polizeiamt schriftlich zu erheben und
zu begründen. Soweit die Einsprüche gegen die
Listen der landlichen Wahlbezirke gerichtet sind,
müssen sie durch die zuständigen Gemeindevorsteher
dem Polizeiamt eingereicht werden.
Über die Einsprüche entscheidet, falls sie nicht vom
Polizeiamt oder (für das Landgebiet) vom zuständigen
Gemeindevorsteher sofort für begründet erachtet werden,
das Verwaltungsgericht. Die Entscheidung ist gebühren-
frei und kann ohne vorgängige mündliche Verhandlung
ergehen. Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht
wird von diesem nach freiem Ermessen geregelt.
Zur Stimmabgabe werden nur diejenigen ange-
lassen, welche in die Wählerlisten aufgenommen sind.
Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen
Reichsangehörigen, welche bis zum 13. November 1921
das zwanzigste Lebensjahr vollenden und mindestens
seit dem 13. August 1921 ihren Wohnsitz im Lübeckischen
Staatsgebiet haben.

Lübeck, den 2. September 1921. (6160)

Das Polizeiamt.

Jugendamt-Bezirk 3 Holstentor-Nord
Eltern-Abend
am 9. September 1921, abends 7 1/2 Uhr. (6198)
im Lokale „Friedrichshof“. Eintritt frei.

Kodermann
Morgen Donnerstag (6203)
Gr. Extra-Konzert
mit verstärktem Orchester.
Nachmittags und abends Darstellung bekannter
Kompositionen durch Kapellmeister Loretti.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 12 Uhr.

Sträße und Flechten heißt
St. Jürgen-Drögerie,
Hüxtertor-Allee 7. (6159)

**Deutscher
Transportarb.-Verb.**
Ortsverwaltung Lübeck.

Bersammlung
der
Kohlenakkordarbeiter
heute,
am Mittwoch, dem 7. Septbr.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
**Bericht der
Lohnkommission.**
Der Vorstand. (6190)

Hüxtertor-Apotheke
Hüxtertor-Allee 15.
Eröffnung
am Donnerstag,
dem 8. Sept. 1921.
Fernsprecher 901.
Hans Ehrich.
(6179)

Mehrfachen Anfragen zur Antwort, daß die Hansa-
Meierei in ihren Verkaufsstellen einwillen noch den
alten Preis von
260 Pfg. für 1 Liter Vollmilch
120 Pfg. für 1 Liter Magermilch
nimmt, also ihre Preise nicht erhöht hat. Einwillen
und also Mehrforderungen unserer Verkaufsstellen nicht
statthaft. (6206)

Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.

Konsumverein
für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Aus eingetroffenem Waggon bieten wir an:

Äpfel
das Pfund Mark 1.90
Thüringer Zwetschen
das Pfund Mark 2.60

Zu haben in allen unseren Abgabe-
stellen. (6187)

**Sozialdemokratischer
Berein Lübeck.**
Ortsgruppe Schlutup.

**Mitglieder-
Versammlung**
am Donnerstag, dem 8. Septbr.
abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale von A. Saborowski
(Zur Linde):
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mit-
glieder.
2. Stellungnahme zum Be-
zirksparteitag und Bür-
gerschaftswahlen.
3. Verschiedenes.
Wegen Wichtigkeit der
Tagesordnung ist das Er-
scheinen dringend erforder-
lich. (6183) Der Vorstand.

Adlershorst. (6187) **Jeden Donnerstag:
BALL.**

Logensaal (St. Annenstraße 2).
Sonabend, den 10. Septbr., abds. 8 Uhr:
Konzert
von Eise Ollmart (Gesang),
Benno Schuch (Violine),
Professor Andreas Hofmeier (Klavier).
Lieder von A. Hofmeier, Violinkonzert von Sinding,
Violinsonate A-dur von Brahms. (6184)
Karten zu 10.—, 8.—, 5.— Mk. und 10% Steuer
bei Ernst Robert, Breite Straße 29.

**Musterschau von Lübecks
Industrie und Handwerk**
am Holstentor.
HEUTE
nachmittags von 4-7 Uhr
Großes volkstümliches
Sulanke-Konzert
24 Musiker. Ausgewählte Musikfolge.
Keine erhöhten Eintrittspreise.
Dauerkarten ohne Aufschlag gültig.
Die Ausstellungsleitung.
(6201)

Nordische Woche.
Boots-Korsofahrt mit Preisverteilung. Militärkonzert.
Feuerwerk.
Freitag, den 9. ds. Mts., abends 8 Uhr,
auf der Wakenitz.
Bei ungünstiger Witterung am folgenden Tage.
Sammelplatz der Privatboote bis 7 1/2 Uhr-Frei-
badeanstalt Falkenwiese. Einreihung in die be-
stehende Schleppordnung.
Vereinsboote sammeln sich nach Anweisung der
Leitung.
Auskunft: Donnerstag, den 8. ds. Mts., ab 6 Uhr.
Bootshaus Lübecker Segler-Verein v. 1835.
Die Anlieger der inneren Wakenitz werden ge-
beten, nach Möglichkeit Häuser und Gärten mit
Lampions zu schmücken. (6202)

Achtung!
Deutscher Bauarbeiterverband.
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 8. Sept., abds. 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Lohnverhandlungen für das Hoch-
baugewerbe.
2. Bericht vom Ortsausschuß.
3. Bericht über die Ferienfrage.
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt not-
wendig. — Mitgliedsbuch legitimiert.
(6180) Der Vorstand.